

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Bfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telegramm-Adresse: **Arbeiterverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserat an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme kommen.
Der Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Anti-Alkohol.

Willst du bewahren deinen Menschenadel,
Ein rechter Mann sein sonder Furcht und Tadel,
Dem Guten Freund, dem Bösen stets ein Haßer,
Dann sei Verächter auch dem Feuerwasser. — S. R.

Grubenbesitzer und Terrorismus.

Der Besenschuhverband macht die krampfhaftesten Anstrengungen, um nachzuweisen, daß erstens der Besenschuhverband sich erst gebildet hat, nachdem die Arbeiter das Koalitionsrecht „mißbraucht“ haben, und zweitens der Besenschuhverband nur das jetzt geltende Koalitionsrecht, das „gleiches Recht für alle“ voraussetzt, ausnützt, und daß der Verband mit den Arbeitern nach Recht und Billigkeit verfährt und nur kontraktbrüchige Arbeiter treffen will, damit in das Arbeitsverhältnis Ordnung kommt.

Die Beweise und Gründe für dieses Verhalten sucht ein verpflichtetem Artikelschreiber des Besenschuhverbandes in zwei längeren Abhandlungen in der „Frankfurter Zeitung“ (viertes Morgenblatt vom Samstag den 18. Juli) und in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom Sonntag den 19. Juli 1908 zu erbringen. Außerdem hat der Vorstand und die Geschäftsführung des Besenschuhverbandes eine Erklärung in einer großen Anzahl Zeitungen aller bürgerlichen Parteilagerungen veröffentlicht. In der Erklärung wird gesagt, daß die Satzungen, d. h. die erweiterten Statuten des Besenschuhverbandes, wie sie die Generalversammlung vom 22. Januar beschloß, den Verwaltungsbehörden eingereicht und von diesen genehmigt worden sind. Die letzte Generalversammlung am 18. Mai d. J. war eine „öffentliche“ und es könne daher von einem Geheimbund keine Rede sein. Ferner wird in der Erklärung gesagt, daß nur kontraktbrüchige, nicht „mißliebige“ Arbeiter von der schwarzen Liste getroffen werden sollen, und daß schließlich Arbeiter, die wegen Kontraktbruchs entlassen worden sind, wieder auf die Besche, die sie unter Kontraktbruch verlassen haben, zurückkehren und dort weiterarbeiten können.

Wir haben diese Erklärung, die als Inserat in den bürgerlichen Zeitungen in- und außerhalb des Ruhrbeckens veröffentlicht wurde und darum dem Besenschuhverband nicht geringe Unkosten verursacht haben, in letzter Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

Wir wollen an dieser Stelle noch bemerken, daß die vom Besenschuhverband mit der Erklärung bedachte Presse, von der demokratischen „Frankfurter Zeitung“, der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ und der zentralistischen „Kölnischen Volkszeitung“ bis zu irgend einem rheinisch-westfälischen Winkelblättchen herab, es kein Organ über sich brachte, seine Meinung über die Erklärung im redaktionellen Teil der Zeitung darzulegen — außer es geschah zu Gunsten des Besenschuhverbandes. Keine dieser Zeitungen ist Gefahr gelaufen, sich an dem Besenschuhverband zu stoßen. Ueberhaupt beobachteten wir von den bürgerlichen Zeitungen dieselbe Stellungnahme, wie sie sie einnahmen bei der letzten Knappschaftsreformbewegung im Ruhrgebiet. Damals war die Haltung dieser Presse eine durchaus einseitige und arbeiterfeindliche. Sie alle, und schmächtlicher Weise auch die Zentrumsorgane, überließen es ruhig den Bergarbeiterorganisationen, sich mit den Grubenbesitzern abzufinden, und so ist es bis jetzt auch mit der Haltung dieser Presse gegenüber dem Besenschuhverband gewesen. Die „öffentliche Meinung“, wie sie nun einmal in der Presse zum Ausdruck zu kommen hat, hält zurück. Aus Ehrfurcht und Feigheit vor den ungekrönten Königen des Ruhrbeckens, oder aber die Zurückhaltung aus Arbeiterfeindlichkeit! Die Parteiufernde verlieren sich da, zählen doch die hier in Frage kommenden Zeitungen viele begüterte wie brutale Grubenbesitzer zu ihren Parteifreunden. Die Arbeiterfeindschaft, auch die Bergarbeiter, haben vielfach leider noch zu wenig **Massengefühl und Massenehre**, sie würden sonst den bürgerlichen Zeitungen zeigen, daß man nicht ungestraft die Bergarbeiter mißachten und ignorieren darf. So aber...

Dem Besenschuhverband gegenüber wollen wir feststellen, daß seine Behauptung, der Besenschuhverband hätte sich gegründet, nachdem die Arbeiter das Koalitionsrecht „mißbraucht“ haben, ein Appell an die Dummheit ist. Der Besenschuhverband weiß so gut wie wir und wie jeder, der die Geschichte des Bergbaues kennt, daß die Grubenbesitzer im Ruhrbecken eine Organisation zur Wahrung ihrer Interessen schon im Jahre 1858 bildeten, und zwar der „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“, der heute noch besteht. Wenn auch nicht durch Statut, so hat dieser Verein sich doch mit den Arbeiterfragen befaßt und diese in seinem Sinne jeberzeit ausgelegt und behandelt. Es gehört schon ein großer Mut dazu, das abzustreiten. Die Arbeiter hatten damals noch kein Koalitionsrecht, da es ihnen noch nicht gesetzlich freigegeben war, und schon mißbrauchen die Grubenbesitzer das Koalitionsverbot.

Erst im Jahre 1869 wurde das Koalitionsverbot aufgehoben, aber wir wissen, daß die Grubenbesitzer sich stark bemüht, keine Arbeiterorganisation im Ruhrbecken aufkommen zu lassen; wir wissen ferner, daß die Grubenbesitzer immer und eifrig bestrebt waren, den Arbeitern gefällig wie außergefällig das Recht der Vereinigung zu verflummern und wenn nicht anders, dann mit der Waffe der Berufserklärung. In Beruf erklärt wurden Arbeiter in den fleißiger wie in den achtziger Jahren und später, sofern sie politisch zurückgefallen oder sich sonstwie „mißliebige“ gemacht hatten. Die katholisch-zentralistischen und die evangelisch-nationalliberalen Arbeiter und Bürger schlugen sich nicht nur viele Jahre hindurch in Wirtschaften und Versammlungen die Köpfe blutig, sondern der Kampf gegen die „Königlinge“ pflanzte sich auch auf den Gruben fort. Die „trockene Quillotte“ trat hier in Tätigkeit, um so den katholischen Arbeitern die

Willensmeinung zu rauben. Schimmer noch erging es den sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern. Und damals schon ließen sich diese Arbeiter die Füße runden, um Arbeit zu erhalten, die sie aber nicht bekamen, weil sie auf allen Beschen „gut angeschrieben“ und bekannt waren. So ist mit den Bürgerrechten Mißbrauch getrieben, nicht von den Arbeitern, sondern von den Werksbesitzern. An die Verhängung der Sperren der neunziger Jahre bis heute wollen wir nicht erinnern. Tränen, Not und Elend sind genug durch die Aussperungspraktiken der Werksbesitzer über brave, fleißige Menschen heraufbeschworen worden. Jedes Mittel war den Grubenbesitzern recht, um Sklaven, nicht Menschen als Arbeiter zu haben. Willkür und frecher Übermut diktierten die Handlungen der Werksbesitzer und beides hat oft keine Grenzen gekannt, wenn man den Arbeitern und ihren Forderungen gegenübertrat. Und diese freche Gesellschaft stellt sich hin, greint der Welt vor, sie hätten aus „Notwendigkeit“ gehandelt, als sie zu dem schwarzen Listen-System griffen und tausende Arbeiter aus Straßensperren setzten? Der Appell an die Dummheit wird nicht jene Freilichte zeitigen, die sich die Herren wünschen! Dafür werden wir schon Sorge tragen!

Das Koalitionsrecht wurde den Arbeitern gegeben, damit sie unter der Ära der Gewerbefreiheit ihr Gut und Leben gegen allzu unverschämte Ausbeuter schützen konnten, und heute geht der Besenschuhverband, die Repräsentation der stärksten Unternehmervereinigung in Deutschland, her und winkelt, daß sie nur „gleiches Recht für alle“ in der Anwendung des Koalitionsrechts auch für sich beanspruchen und daß es unbedingt nötig sei, die Hungerpeinliche über tausende Arbeiter zu schwingen, die garnicht an die Anwendung ihres Koalitionsrechts dachten, als sie den Beschen die Brocken plötzlich vor die Füße warfen! Geschulte und organisierte Bergarbeiter greifen in den wenigsten Fällen unter normalen Verhältnissen zum Kontraktbruch. Sie sind nicht so dumm, den Beschen sechs Tage Lohn in den Hals zu werfen, nur nichts, dir nichts! Die Kontraktbrüchigen, gegen die sich der Besenschuhverband zur Zeit wendet, haben mit dem Koalitionsrecht und seinem Mißbrauch garnichts zu tun. Es ist eine Unverschämtheit sondergleichen, eine Verletzung der Arbeitsordnung mit dem Koalitionsrecht in Verbindung zu bringen! Die Organisationen der Arbeiter haben keinen Kontraktbruch auf ihre Fahne geschrieben, auch sie wünschen Ordnung im Arbeitsverhältnis, aber sie wollen sie nicht dadurch erzielen, daß sie wie Wichte und Sklaven zu Kreuze kriechen, sondern daß den Arbeitern als Gegenkontrahenten ihr Recht wird. Das kann nur geschehen, wenn die Grubenbesitzer ihren brutalen Herrenstandpunkt, der durch nichts mehr verteidigt werden kann, verlassen und mit den Organisationen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandeln. Dann wird Ordnung kommen, aber nicht die Ordnung der Zuchthäuser, wie sie die Grubenbesitzer herbeiführen möchten!

Wieviel mal, so fragen wir, ist die wirtschaftliche Uebermacht der Grubenbesitzer mißbraucht worden, ehe die Arbeiter zur Gegenwehr griffen? Wir denken dabei garnicht einmal an Streiks, wo die Arbeiter oft um die winzigsten Kulturforderungen und Menschenrechte kämpfen müssen. Das prohenhafte Festhalten an dem Herrenstandpunkt, provoziert ja erst alle Kämpfe. Nein, wir denken an die Paschawirtschaft in sogenannten Friedenszeiten. Ausländer, fremde Arbeiter, die oft kein deutsches Wort verstehen und die aus Ländern kommen, wo man den Bureaokratismus und die gesiebten Bestimmungen des Arbeitsvertrages der Beschen nicht kennt, werden massenhaft nach dem Ruhrbecken gelockt. Die schäbsten Versprechungen wurden ihnen gemacht, aber von den Werksbesitzern nicht eingehalten. Die Leute sehen ein, wie sie angelogen worden sind und legen die Arbeit nieder — plötzlich, ohne zu kündigen. Sind das Kontraktbrüchige? O, ja, nachdem sie erst von den Grubenbesitzern und ihrer Beamten dazu gemacht wurden! Es werden Arbeiter beschimpft, vor gefährliche Arbeiten gesteckt, oder es kann trotz allem Fleißes nichts verdient werden. Es kommt dabei zu Auseinandersetzungen, die Arbeiter verletzen den Arbeitsvertrag — der nur als einseitiger, aufgezwungener Vertrag zu gelten hat — hören plötzlich auf und sind — „kontraktbrüchig“ geworden. Was recht gut zu vermeiden war. Aus Bosheit oder aus Lieberlichkeit dürften dann doch kaum der zwanzigste Teil der Ausgesperrten „kontraktbrüchig“ geworden sein. Das ist unsere Meinung, weil wir unsere Vergleute besser kennen, als die Herrschaften, die dem Besenschuhverband zugehörig sind. Und es wird noch festgestellt werden, daß auch solche Leute ausgesperrt wurden, die nicht kontraktbrüchig waren. Wir brauchen dabei nicht einmal auf die Verbindung der Arbeiter der Besche Engelsburg anlässlich des Schachtbruchs hinzuweisen, die allein jede Verteidigung des Besenschuhverbandes, daß nur Kontraktbrüchige ausgesperrt werden, über den Haufen wirft.

Am 10. Juli kam der Besenschuhverband her, warnte und befahl den Beschenverwaltungen, nur gar keine Dummheiten zu begehen, Kontraktbrüchige Arbeiter wieder einzustellen, sobald sie an ihre Arbeitsstelle zurückkehrten usw. Vielleicht wurden von da ab „Fehler“ vermieden, nachdem dem Besenschuhverband nicht mehr lieb sein kann, daß seine Praxis vor aller Welt offenbart wird. Bis zum 10. Juli — wir haben Beweise dafür in Händen — geschah beides: Fehler wurden gemacht und Kontraktbrüchige an ihrem letzten Arbeitsplatz bezw. auf der Besche nicht mehr eingestellt. Trotzdem haben wir auch jetzt noch die Ueberzeugung, daß auf den einzelnen Gruben „Mißbrauch“ mit den Satzungen des Besenschuhverbandes getrieben werden wird.

In der Erklärung wird uns weiter gesagt, daß am 22. Januar 1908 die Satzungen des Besenschuhverbandes beschlossen wurden; am 16. Mai d. J. fand eine weitere Generalversammlung statt und wie der Besenschuhverband berichtet, hat diese Generalversammlung „öffentlich“ getagt und am 25. Mai berichtet uns die **Essener Polizeibehörde**, daß ihr von einer Geschäftsleitung bezw. Vorstand und von Satzungen des Besenschuhverbandes nichts bekannt ist. Das herstehe wer will, wir nicht!

Keine Behörde — dessen sind wir ganz gewiß — **würde einer Arbeiterorganisation derartige Satzungen, wie die des**

Beschenverbandes, genehmigen. Mit Recht würde einer Arbeiterorganisation gesagt werden, daß solche Bestimmungen den bestehenden Gesetzen widersprechen, Sitte und Moral mit Füßen treten. Den Werksbesitzern aber werden die organisierte Berufserklärung und die sonstigen Ungeheuerlichkeiten ruhig erlaubt. Und dann finden sich obenbrein noch Zeitungs-schreiber, die behaupten, man habe nur das „Gleiche Recht für alle“ in Anspruch nehmen wollen. Kann es einen Klügleren geben, wie hier gegen alle Gesetze und gegen die Vernunft zum Ausdruck kommt?

Und nicht einmal Ordnung können und wollen sie schaffen, die Beschenherren, sonst würden sie die Vorschläge hierzu, wie sie die Arbeiterorganisationen seit Jahren machen, prüfen und sicher auch akzeptieren müssen. Wohin die Absichten der Beschenbesitzer zielen, lassen die beiden Artikel in den oben erwähnten Zeitungen durchsichtig erkennen, mehr noch, was in dieser Sache die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 31. Mai d. J. und schließlich das noch kürzlich die „Post“, das bekannte Scharfmacherorgan, zu sagen hatte. Es heißt da: „Das Unternehmertum ist dabei (in der Berufserklärung) im Anfang lau und schlapp genug verfahren. Seit 1904 aber hat es sich besonnen, und es benutzt die gegenwärtige, niedergehende Konjunktur, um wieder Herr in seinem Hause zu werden. Es wird jeden Agitator und Leutebeunruhiger auf die Straße setzen, dessen es habhaft werden kann, und hofft damit die gewerkschaftliche Ueberhebung ganz bedeutend zu dämpfen. Allzulange hat es sich vom Sozialmoralismus verhegen lassen, der ihm aufgab, gegen den Arbeiter, der es drangsalterte, Edelmut zu üben. Jetzt wird glatte Rechnung gemacht werden. Geschäft gegen Geschäft. Gegen Streik und Sperre — Aussperrung und schwarze Listen.“

Das Arbeitgebertum ist den Arbeitern viel zu lange politisch nachgelaufen. Heute gibt es kaum noch einen Arbeitgeber, der von dieser Torheit nicht gänzlich geheilt wäre. Politisch Front machen gegen die Forderungen der Handarbeiterschaft, das ist das beste Mittel für das Unternehmertum, sich auch wirtschaftlich durchzusetzen.“

Das sagt die „Post“ in einer Polemik gegen Franz Behrens. Franz Behrens hat die Gelegenheit bis jetzt noch nicht wahrgenommen, sich über das Scharfmacherstückchen im „Bergknappen“ — die richtige Stelle — zu äußern. Er wird es auch kaum tun. Aber die christlichen Gewerkschaftler werden trotzdem nicht abstreiten können, daß auch sie von der Seege mit getroffen werden sollen.

Wir wissen nicht, wer den Hornesausbruch in der „Post“ verbrochen hat, aber eines wissen wir: Wenn die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer die gegenwärtige niedergehende Konjunktur ausnützen wollen, um die Organisationen zu unterdrücken, daß sie da vergebliche Arbeit leisten werden. Und wir wissen ferner, daß wenn die Aussperrungstaktik des Besenschuhverbandes noch weiter ausgedehnt werden soll, einmal den Vergleuten die Galle überlaufen wird. Und dann?

Der Wind fäet wird Sturm ernten!

Arbeiterkontrollenre.

Von einem alten Reviersteiger wird uns geschrieben: Seit Jahren wird von der Arbeiterpresse behauptet, unsere Grubeninspektion, wie sie von den Beamten der Königl. Bergbehörde ausgeübt wird, sei nicht imstande das zu leisten, was man von ihr verlangen müsse; sie sei nicht imstande derartig auf den Bergwerksunternehmer einzuwirken, daß er die erlassenen Vorschriften der Bergpolizei befolge, sodas die Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter größer und die Zahl der Unfälle geringer werde. Man wirft nicht nur den Beschen vor, sie besolgtten die bergbehördlichen Vorschriften nicht, nein, man geht sogar soweit und behauptet, die Bergbehörde dulde die Außerachtlassung ihrer eigenen Verordnungen und liefse den Beschen sogar Hilfe bei der Verschleierung der wahren Ursache vorgekommener Unglücksfälle. Inwieweit diese Vorwürfe und Behauptungen der Wahrheit entsprechen, soll hier heute nicht untersucht werden. Wahr ist jedenfalls, daß Ueber-tretungen vorkommen, wahr ist auch, daß die Bergbehörde dieselben ahndet, vorausgesetzt freilich, daß Steiger oder Arbeiter dafür gefaßt werden können, und wahr ist schließlich, daß sie ein Auge — nein beide Augen zudrückt bei Verstößen, die sich die oberen Verwaltungen — Betriebsführer, Inspektoren, Direktoren — zuschulden kommen lassen. Weil das aber wahr ist, darum ist auch die Behauptung zutreffend, unsere Berginspektion sei unzulänglich. Es bedarf daher einer gründlichen Reform derselben. Zu dem Zwecke verlangen nun die Arbeiter die Einführung der Grubenkontrolle durch Vertreter ihres eigenen Standes, sogenannte Arbeiterkontrollenre. Jahrelang haben sie diese Forderung immer von neuem wiederholt, auf ihren Kongressen treten sie energisch für dieselbe ein. Der diesjährige internationale Kongress in Paris hat noch zwei Resolutionen — eine deutsche und eine belgische — angenommen, worin die Unzulänglichkeit der jetzigen Grubenkontrolle und die Notwendigkeit der Arbeiterkontrollenre zum Ausdruck gebracht ist. Mit Recht haben die deutschen Kongressdelegierten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die letzten großen Grubenkatastrophen begründet, bei denen nicht hunderte, sondern gleich tausende Knappen ihr Leben einbüßten. Diese Massengräber sollten auch diejenigen Preise von der Notwendigkeit der Reform der Grubeninspektion überzeugen, bei denen man sonst gewohnt ist, daß sie alle Arbeiterwünsche von vornherein als unberechtigt ablehnen. Soweit Deutschland bei den Massenunfällen der letzten Zeit — Neben — Borussia — in Betracht kommt, sind dieselben aber auch ein Beweis, daß auch die Einfahrer zur Verbesserung der Grubenkontrolle nicht beigetragen haben. Die Hoffnungen, welche man f. B. — von uneingeweihten Leuten freilich — auf diese gesetzt hat, sind also auch zu nichte geworden. Der das Verhältnis, das zwischen Bergbehörden und unsern Grubenbesitzern besteht, kannte, der mußte im voraus, daß es so kam, der mußte auch, daß die Einfahrer nur ein Beschwichtigungsmittel sein sollten für die Arbeiter.

Man glaubte damit die Forderung nach Einsetzung von Arbeiterkontrollen zum Verstummen zu bringen. Die Einfahrer sind eben auch ein Teil von derselben Königl. Bergbehörde, zu der die Arbeiterschaft nun einmal kein Vertrauen hat und auch nicht haben kann, aus den bekannten Gründen. Wollte wirklich ein Einfahrer einmal ernsthaft auf Abstellung der aus der Nichtbefolgung der bergpolizeilichen Vorschriften resultierenden Uebelstände dringen, so würde er sich bald den Unwillen der Besonderen verheeren lassen. Aber das nicht allein. Auch seine vorgesezte Behörde würde mit ihm unzufrieden werden und ihm das sicher nicht als Selbstankündigung anrechnen; denn die Vertreter der Königl. Bergbehörde sind ja nicht vom Fleische der Grubenkapitalisten. Dessenungeachtet sind sie nicht blind, gedenken es aber sicher einst zu werden. Wie sagte doch Oberbergmeister Cuno von Gagen auf der dritten Generalversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“:

„Ich bin selbst Verwaltungsbeamter, ich weiß aber, daß die Bergarbeiter ein gewaltiges Mißtrauen gegen die Staatsbeamten hegen, und das entspringt aus dem Willen, in welchem sie diese Herren sich schuldig bewegen sehen. Das Mißtrauen in die Privatindustrie, das Mißtrauen in die Kreise der Bergwerksbesitzer usw. bringt die Bergarbeiter zu der Auffassung, daß diese Beamten viel mehr das Interesse der Privatunternehmer wahren, als das der Arbeiter.“

Der Herr Oberbergmeister muß es wohl wissen; er gehört ja derselben Menschenseite an, aus der die Königl. Bergbeamten sich rekrutieren. Die es aber auch wissen, das sind die Steiger, denn sie erfahren es tagtäglich am eigenen Leibe. Es sei mir gestattet hier ein Beispiel aus meiner Praxis zum Besten zu geben, wodurch bewiesen werden soll, daß die Beamten der Bergbehörde bei ihren Revisionsbefahrungen ihr Hauptaugenmerk auf Kleinigkeiten legen, wofür die Steiger und evtl. noch die Arbeiter verantwortlich gemacht werden können, daß sie aber wirkliche Mißstände und große Uebertretungen, die auf das Konto der oberen Verwaltungen zu setzen wären, überhaupt nicht sehen, oder wenn sie mal zufällig darauf stoßen, sie einfach ignorieren.

Ein Affessor der Königl. Bergbehörde machte mit dem Betriebsführer zusammen eine Revisionsfahrt durch mein Revier. Im Laufe meiner Befahrung traf ich mit den beiden zusammen und ich wurde aufgefordert, sie nun zu begleiten. Gensichtlich machen die Herren sonst ihren Gang ohne Begleitung des Steigers, was auch hier geschehen wäre, wenn wir uns nicht zufällig übern Weg gelaufen wären. Ein Weissen ging die Fahrt glatt von statten, da auf einmal entdeckt der schnelle Herr, selbstverständlich noch unter gültiger Mitwirkung des Betriebsführers, einen Verleselungshahn, der sich nicht so drehte, wie es der Herr Affessor wohl wünschte. Das war nach Ansicht des „Königl.“ Herrn meine Schuld. Ich hatte also ein Staatsverbrechen begangen und mußte deswegen bestraft werden. Ich erhielt an Ort und Stelle eine Rüge erteilt. Hierbei muß ich bemerken, daß sich der Hahn allerdings etwas schwer drehte, besonders für die zarten Finger eines Hilfsarbeiters bei der Königl. Bergbehörde. Die vor dem Betriebspunkte beschäftigten Leute drehten ihn jedoch mit Leichtigkeit, was ich dem Herrn Affessor auch sofort beweisen ließ. Uebrigens waren die Säbne dezent, daß sie unbedeutend wurden, wenn man die unteren Schraubchen nicht so fest wie möglich andrehte.

Wir befanden uns an der westlichen Seite eines 240 Meter hohen Bremsberges, der ein Einfallen von 40° hatte. Um zur östlichen Seite zu gelangen, mußte man durch den Berg kriechen, denn ein Fahrüberhauen befand sich nur an der westlichen Seite. Die auf dieser Seite beschäftigten Leute konnten ebenfalls nur auf diesem gefährlichen Wege zu ihrer Arbeitsstelle gelangen. Allerdings war unter den Schienen des Bremsberges her ein Fahrloch angebracht. Dasselbe lag jedoch immer voll Kohlen, die von den Stößen des Bremsberges abdrücken, in den Berg heruntergingen und sich hier festhielten. Über abgesehen davon war das Loch ohnehin zu klein, um bequem hindurchfahren zu können; man mußte auf dem Bauche hindurchkriechen. Es liegt auf der Hand, daß die Leute den bequemeren, wenn auch gefährlicheren Weg über den Schienen, dem beschwerlicheren und eigentlich unfahrbaren Weg unter den Schienen her vorzogen. Auch der Herr Affessor machte es so und ich habe nicht gehört, daß er einen vernünftigen Fahrweg vermüht hat.

Auf der westlichen Seite hatte ich noch zwei Betriebspunkte, einen Pfeilerbau und ein Ort. Es war gerade wieder ein Stoß verfahren und die Leute waren zurück an einem alten, zu Bruch gegangenen Bremsberg mit dem Aufstecken beschäftigt. Ein regelrechter Wetterzug war nicht vorhanden, denn der alte Bremsberg lag vollständig zu Bruch, sodaß auch keine Maus mehr hindurch kriechen konnte, um mal in der Bergmannssprache zu reden, und Outten waren nicht einmal. Es ging nicht gut, denn ein Ueberhauen war ja nicht vorhanden und hätte daher der Lutenkrümmer

in den Berg gehängt werden müssen. Die Strecke war auch stellenweise so niedrig, daß der Wagen nicht unter einer Lutenkour hergegangen wäre. Die Bewetterung der Strecke sowohl als auch des Arbeitsstokes, wo die Leute beschäftigt waren, war also vollständig der Diffusion überlassen und das ist bergpolizeilich verboten. Man müßte allerdings den Wetterern zu, durch den zu Bruch gegangenen Bremsberg abzuweichen. Auf die Frage des Affessors, wo ich denn meine Wetter abführte, antwortete ich ihm pflichtschuldigst: „Durch diesen Berg!“ „Durch diesen Berg?“ gegenfragte er und hob ein davor hängendes Wetterstück in die Höhe. „Aber wo ist denn da noch ein Berg, ich sehe nichts, das sieht ja alles zu.“ So plätscherte sein Redestrom weiter. Ich antwortete darauf, daß das ein alter Berg sei, der nie in Betrieb gewesen und nun zu Bruch liege. „Aber er liegt doch nicht ganz zu Bruch?“ fragte er; darauf der Betriebsführer, der bis jetzt geschwiegen hatte: „Ja, der liegt zu Bruch, da ist nun einmal nichts dran zu machen.“ Damit war der Zwischenfall erledigt. Ich hatte das Gefühl, als wenn es dem Herrn Affessor lieber gewesen wäre, er hätte die Sache garnicht angeschritten, denn er hatte sich selbst mit den Betriebsführer in eine unangenehme Zwangslage gebracht. Pflichtgemäß hätte er den Betriebspunkt sofort stunden müssen, bis daß er bergpolizeimäßig bewettert war. Aber dem standen ökonomische Rücksichten entgegen.

Der Betriebsführer verstand es jedoch, die Aufmerksamkeit des Herrn Affessors schnell wieder auf einen anderen Gegenstand zu lenken. Vor dem Ort, das wir jetzt befahren, fehlten die Verleselungsröhre etwas weit zurück zu sein. Ich mußte jedoch, daß die Leute einen langen Schlauch hatten, mit welchem sie den Distrikt noch bequem verleseln konnten. Der Betriebsführer war dem Affessor sehr heftig; ich sollte unter allen Umständen noch eins ausgeübt erhalten; anders konnte ich mir den Eifer des Herrn nicht gut erklären. Ich hatte dem von der „Königl.“ ja auch keinen Wein eingeschickt bezüglich des alten Bremsberges und der famosen Wetterführung. Außerdem hatte ich den Betriebsführer selbst auf einige Dummheiten festgenagelt. Er wollte von dem dort vor sich gehenden Pfeilerbau mit aller Gewalt Stobau machen auf eine diesbezügliche Frage seitens des Affessors. Ich bewies ihm jedoch, daß meine Behauptung richtig war und daß er sich schlecht auskannte in meinem Revier.

Die Distanz vor Ort, vom letzten Rohr bis zum Arbeitsstoke, wurde nun abgemessen — der Betriebsführer machte das dienstlich — und es stellte sich heraus, daß die Leute genügend riehlen konnten. Man konnte mir auch hier nichts am Zeige stecken, was man doch so gern gemacht hätte.

Wir mühten nun wieder zurück zur westlichen Seite, da ja an der östlichen kein Fahrüberhauen war, um zur Sohle zu gelangen. Und wieder kroch der Herr Affessor durch den Bremsberg, ohne ein Fahrüberhauen zu vermissen. Und auch beim diesmaligen Durchkriechen sah er nicht oder wollte er nicht sehen, daß in dem ganzen, 240 Meter langen Berg keine Verleselung vorhanden war — aus ökonomischen Rücksichten. Aus ökonomischen Rücksichten konnte also in dem ganzen „langen Berg“ nicht geteufelt werden und dabei lag eine Menge Staub drin, daß man die Augen zuckeln mußte, wenn man auf dem Anschlag stand und der Kopf vorwärts schaute. Aus ökonomischen Rücksichten hatte man auch in dem abgebauten Teil des Bremsberges an keiner Stelle ein Fahrüberhauen offen gehalten. Das einzige Fahrüberhauen, von dem oben schon die Rede ist, ging von der oberen westlichen Abbaureihe zur oberen Sohle (Wettersohle). Man unterhalb der Abbaureihe einmal eine Förderstrecke vor im Berg, dann mußten die Leute, um dieselbe wieder zu befestigen, oft 100 und mehr Meter in den Bremsberg herunter- und heraufkriechen, und das bei einem Einfallen von 40 Grad. Dabei ist noch zu bemerken, daß es in dem Berg stellenweise so glatt war, — die Stegen lagen ganz im Liegenden zu, man sah nur die Köpfe der Schienen — daß auch bei der größtmöglichen Vorsicht ein Abstürzen sehr leicht vorkommen konnte. Und in keinem Bremsberge auf der ganzen Grube kamen gerade soviel Störungen vor als in diesem, eben weil er noch einmal so hoch war als alle anderen. Man hatte hier einen großen Zug tun wollen. Entgegen der sonst üblichen Gewohnheit, die Bremsberge abzubauen und so die 240 Meter Bauhöhe von der dritten zur ersten Sohle (Wettersohle) in zwei gleiche Teile zu zerlegen, hatte man diesen Berg in einem durchgehauen. Aus ökonomischen Rücksichten! Es wurde dadurch eine Förderhölzel, ein Bremsjer und ein Abnehmer gespart auf Kosten der Betriebssicherheit, auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Steiger und Arbeiter. Gutes Tages ging denn auch der schöne „lange Berg“ zu Bruch, Gott sei Dank, ohne daß Menschen dabei ums Leben gekommen sind. Für alles das

hatte aber der Herr Affessor, der Vertreter der Königl. Bergbehörde, kein Auge. Nur Kleinigkeiten, wofür der Steiger verantwortlich zu machen war, sah er, wie das nicht leicht drehbare Verleselungshähndchen. Die in die Augen springenden groben Verstöße gegen die B.P.B. sah er nicht oder wollte sie nicht sehen, und die größten Uebertretungen, wie das vollständige Fehlen einer geordneten Wetterführung und einer bequemen Fahrzug, ignorierte er. Denn ich habe wegen erteilt hat, an eine Bestrafung oder Anzeige garnicht zu denken. Ob er ihn, nachdem ich nicht mehr zugegen war, noch zur Rede gestellt hat, weiß ich nicht, glaube es aber nicht.

Ich meine, dieser Fall wäre typisch, um die Unzulänglichkeit unserer heutigen Grubenkontrolle zu beweisen, da ändern selbst die Einfahrer nichts daran. Den guten Willen dieser Leute will ich selbstverständlich nicht in Zweifel ziehen, aber bei dem guten Willen bleibt auch. Man glaubt doch im Ernst nicht, daß die Einfahrer sich als Unwalt gegen die Besonderen aufwerfen können, wo ihre vorgesezte Behörde das selbst nicht tut und daher von ihnen auch nicht gerne sieht. Der Einfahrer kann doch nach einigen Tagen, Wochen oder auch Monaten keine Mißstände und Verleselungen melden, wo sein Vorgesetzter, der Herr Affessor oder gar der Herr Rat selbst, alles in Ordnung befunden hat. Bei kleineren Verleselungen, beispielsweise wenn mal ein Verleselungshahn sich nicht dreht, die Verleselungsröhre oder Wetterlatten nicht nahe genug beigeputzt sind, eine Wetterblende oder Variere entweder ist, mag man diese Argumentation lächerlich finden, und ich möchte dieselbe daher auch darauf nicht angewendet wissen. Man wird da mit Recht sagen: Wo gestern der Affessor oder der Revisor selbst gewesen ist, da kommt morgen der Einfahrer nicht hin, es sei denn, daß man dem Steiger eins auswicheln will. Aber große, zum Himmel schreiende Mißstände entwickeln sich nicht von heute auf morgen, die liegen zumeist in einer verkehrten Betriebsleitung, in einer verkehrten Vorrichtung- und Abbaumethode; die werden monate-, ja jahrelang mitgeschleppt, und die Königl. Aufsichtsbehörde berichtigt sich bei der lapidaren Redensart: „Da ist nun einmal nichts daran zu machen.“ So war es auch in obigen Beispiel. Infolge einer verkehrten Vorrichtung konnten die Betriebe nicht bewettert werden, wie vorgeschrieben und im Interesse der Arbeiter notwendig war, konnte keine Verleselung eingebaut werden, um den gefährlichen Kohlenstaub beseitigen zu können.

Also die heutige Grubeninspektion ist unzulänglich, folglich muß sie reformiert werden. Und da halte ich es denn mit den Arbeitern und sage: Arbeiterkontrollen müssen eingeführt werden. Leuten aus der Belegschaft muß es möglich gemacht werden, wann immer sie wollen, die Grube revidieren zu können. Damit diese Leute aber nun auch wirklich ihren Zweck erfüllen, dürfen sie kein Unhängel der Königl. Bergbehörde sein, sonst geht es mit ihnen wie mit den Einfahrern. Wenngleich auch vom Staate befohlen, müssen sie doch vollständig unabhängig bleiben. Sie müssen ferner aber auch die Fähigkeit für ihre Mission besitzen. Nicht jeder wein auch noch so praktische Bergmann wird sich dazu eignen, denn es gehört vor allem auch etwas Theorie zur guten und wirksamen Ausübung dieses Amtes. Die gründliche Kenntnis der Bergpolizeiverordnungen versteht sich nun einmal von selbst. Aber nicht nur die Kenntnis, sondern auch Verständnis derselben ist unerlässlich, sonst wird die Tätigkeit der Arbeiterkontrollen zu Schikanen führen. Unerlässlich ist aber auch das Vertrauen mit der gesamten Grubentechnik, besonders der Wetterführung und des Abbaues, sowie die Kenntnis der technisch-wissenschaftlichen Ausdrücke. Meines Erachtens gehört aber noch mehr dazu. Der Arbeiterkontrollen muß auch mit den Anfangsgründen der Physik und Chemie vertraut sein. Er muß wenigstens die Zusammenfügung, Entstehung und Gefährlichkeit der in der Grube vorkommenden Gase kennen. (Es wäre übrigens zu wünschen, daß jeder Arbeiter diese Kenntnisse besäße.) Doch auf jeder Grube mindestens einer sein muß, seine ich als selbstverständlich voraus, denn sonst wäre die ganze Einrichtung ja nur ein neues Einfahrersystem. Das ist ja gerade ein Hauptmangel mit an unserer Grubeninspektion, daß der Wirkungskreis des einzelnen Beamten viel zu groß ist, das trübt den klaren Blick, ganz abgesehen davon, daß die einzelnen Besonderen nicht oft genug revidiert werden können. Nur wer stets auf ein und derselben Grube fährt, wer sich sozusagen im Dunkeln darin auskennt, hat auch den schnellen Blick, der einem Polizeibeamten eigen sein muß, Uebrigens können wir das meines Erachtens ruhig den Arbeiterorganisationen überlassen, wie sie sich mit der Personenfrage abfinden. Haben wir erst die Arbeiterkontrollen, dann werden sie bestimmt auch für brauchbare Leute sorgen. Denn hätten wir keine Organisationen, dann wären Arbeiterkontrollen noch garnicht spruchreif. Sie haben ja erst die Waffen in der Richtung gekühlt und erzeugt.

Unfallverhütungs- und Rettungswesen im Bergbau.

V. Eine der größten Gefahrenquellen im Bergbau ist, wie schon gesagt, die große Unkenntnis der Arbeiter, auch in den elementarsten Fragen der Wetterwirtschaft und wir müssen nach Lage der Verhältnisse annehmen, daß dieses auch der Bergbehörde bekannt ist. Es gibt hier eben nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist der Bergbehörde diese Unkenntnis bekannt und dann hat sie dadurch, daß sie derselben nicht in wirksamster Weise zu begegnen sucht, eine schwere Schuld auf sich geladen, oder sie kennt dieselbe nicht und hat damit die Unzulänglichkeit der heutigen Grubenkontrolle zur Genüge erwiesen. Auf alle Fälle bildet, wie die Verhältnisse liegen, die heutige Grubenkontrolle eine große Gefahr für die Sicherheit der Arbeiter sowohl wie auch des Grubenbetriebes.

Allerdings hat die Bergbehörde auch für den Oberbergamtbezirk Dortmund Vorschriften über die Ausbildung der Arbeiter erlassen, worin es u. a. heißt:

Zur selbständigen Ausführung von Hauerarbeiten dürfen nur solche Personen zugelassen werden, welche das einundzwanzigste Jahr vollendet, wenigstens 3 Jahre in der Grube gearbeitet haben und während dieser Zeit wenigstens ein Jahr mit Hauerarbeiten unter Aufsicht eines selbständigen Hauer beschäftigt gewesen sind. Wird die Lehrzeit durch Ableistung der Militärpflicht unterbrochen, so darf die Militärzeit bis zu einem Jahre auf die dreijährige Lehrzeit — jedoch mit Ausschluß des für die Erlernung der Hauerarbeiten bestimmten Jahres — angerechnet werden.

Das ist alles! Wie die Ausbildung zu erfolgen und auf welche Gebiete sie sich zu erstrecken hat, wird nicht näher angegeben. Und doch liegt bei der Art, wie diese Ausbildung heute erfolgt, nichts näher als das. Nehmen wir an, ein junger Mann kommt mit 18 Jahren in die Grube, schleppt zwei Jahre zu Schicht und ein Jahr als Lehrling vor der Sohle, dann kann er, 21 Jahre alt, schon Hauer werden. Ueberhaupt geht die Ausbildung der Arbeiter in einer Weise vor sich, welche die schärfste Kritik herausfordert, weil sie für die Sicherheit der Arbeiter und des Betriebes die schwersten Gefahren in sich birgt. Wenn der Arbeiter nach der vorgeschriebenen dreijährigen Lehrzeit zum Hauer avanciert, weiß er in vielen Fällen kaum wie eine Hade gehandhabt wird, von allem anderen ganz zu schweigen. Das kommt aber nur daher, weil er die ganze Zeit, auch als Lehrling, zumeist schleppen mußte und an andere Arbeiten gar nicht heran kam. Das ist bei einer solchen Ausbildung mit den Kenntnissen nicht weit her sein kann, verfehlt sich am Ende und die Vorschriften, welche eine solche Praxis zulassen, sind geradezu gemeingefährlich und dringend reformbedürftig. Der Lehrling sollte unter Aufsicht eines Hauer nur mit Hauerarbeit nicht fast ausschließlich mit Schlepperarbeiten beschäftigt werden dürfen. Außerdem müßte jeder Arbeiter, bevor er zum Hauer avanciert, auf seine Fähigkeiten hin von der Bergbehörde geprüft werden. Das erfordert die Sicherheit der Arbeiter und des Betriebes.

Nach unseren bisherigen Erfahrungen glauben wir jedoch nicht, daß sich die Bergbehörde zu dem durchgreifenden Maßregeln entscheiden wird, weil sie dabei einer gewaltigen Opposition von Seiten der Grubenherren begegnen würde. Die Individualität, das Selbstvertrauen und die Selbständigkeit der Arbeiter würde dadurch gewaltig gehoben und das ist es, was die Grubenherren im Interesse ihres geheiligten Profites

am meisten fürchten. Das trat auch besonders scharf auf dem Kongress in Frankfurt zutage, als Geheimrat Oberbergat Weizner schilderte, wie bei dem Grubenunglück auf Grube Ramphausen (1885) 75 Mann, welche sich unter Führung zweier Steiger befanden, von dem Stachschwaden getötet wurden, weil sie es nicht verstanden, die zu ihrer Rettung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Es war nur notwendig eine Wetterröhre zu öffnen, dann waren alle gerettet, aber daran dachte niemand und so wurden durch die Kopflosgkeit der beiden Steiger und die Unwissenheit und Hilflosigkeit der Arbeiter alle vom Verderben ereilt. Im Anschluß hieran sprach W. Albert Oppenheimer Ess., (Wondol) sein Erstaunen darüber aus, daß sich 75 Mann gedankenlos der Führung zweier kopflos gewordenen Beamten überlassen hätten. Er erklärte ein solches Disziplingefühl für völlig verkehrt und betonte, daß beim einzelnen Arbeiter die Individualität mehr gewendet und der Arbeiter zur größeren Selbständigkeit erzogen werden müßte, damit er im Ernstfalle nicht kopflos würde, sondern sich eventuell auch selbst helfen könne. Dem traten aber Geheimrat Oberbergat Weizner, Bergwerksdirektor Meyer u. a. entgegen, die unbedingt strengste Disziplin unter allen Umständen für notwendig erklärten. Wir können im Gegenlag hierzu auf Grund unserer Sachkenntnis und praktischen Erfahrung der Ansicht des Herrn Oppenheimer nur völlig zustimmen, denn wir sind überzeugt, daß die von Geheimrat Oberbergat Weizner u. a. für notwendig befundene Disziplin (besser wohl Sabotageverbot) den Bergarbeitern im Ernstfalle nur zum Verderben gereichen kann.

„Mehr Luft in die Grube! Diese Forderung wurde von unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ schon vor mehr als 16 Jahren erhoben. Heute, nach 16 Jahren, müssen wir leider noch immer dieselbe Forderung: „Mehr Luft in die Grube und vor allen Dingen vor die einzelnen Betriebspunkte“, erheben. Nach der Bergpolizei-Verordnung vom 12. Oktober 1887 mußten auf jeden unterirdisch beschäftigten Arbeiter mindestens zwei und auf jedes Pferd mindestens zehn Kubikmeter Luft in der Minute entfallen. Die Bergpolizei-Verordnung vom 12. Dezember 1900 beträgt darüber u. a.: Die dem ganzen Bergwerke sowie den einzelnen Bauabteilungen zuzuführenden Wettermengen sind so hoch zu bemessen, daß auf jeden unterirdisch beschäftigten Arbeiter mindestens drei Kubikmeter in der Minute entfallen. Bei Berechnung dieser Wettermengen ist die größte Belegschaft einer Schicht zu Grunde zu legen. Für einzelne Bauabteilungen kann der Bergwerksbeamte eine Ermäßigung der zuzuführenden Wettermengen pro Arbeiter und Minute auf zwei Kubikmeter gestatten.

Die Grundursache, daß sich in den Gruben Gase und schlechte Wetter ansammeln können, liegt in der mangelhaften Zuführung frischer Luft. Diesen Umstand hat auch die Bergbehörde Rechnung tragen müssen und hat darum die pro Arbeiter und Minute einzuführenden Wettermengen gegen früher wesentlich erhöht. Was nützt es aber den Arbeitern, wenn die nötigen Wettermengen bei der Messung an den Wetterstationen vorhanden sind, aber infolge der schlechten Wetterführung nicht zu den einzelnen Betriebspunkten gelangen können. Was in dieser Beziehung gefordert wird, geht auf keine Kuhhaut. Vor dem Einfahrer oder Bergwerksbeamten braucht man ja keine Angst zu haben, denn die Ankunft dieser Herren wird gewöhnlich so frühzeitig bekannt, daß man in aller Gemütsruhe Vorkehrungen treffen kann, um dieselben recht gründlich hinterzuziehen zu können.

Wir haben Beispiele gehabt, daß diese Herren ihre Ankunft vorher telegraphisch oder telephonisch anmeldehen. Und selbst dann, wenn diese Herren einmal völlig überraschend kämen, gibt es noch tausenderlei Mittel, dieselben zu dupieren, jedoch sie völlig „unschädlich“

sind. Die völlige „Ungefährlichkeit“ der heutigen Grubenkontrolle für die Grubenherren haben wir schon an tausenden von Beispielen erörtert. Befährt ein solcher Herr wirklich ein schlecht bewettertes Revier, so kann durch Hängen einer Wetterblende u. dgl. der Wetterstrom eines anderen Reviers für die Zeit seines Aufenthaltes eben dort hin geleitet werden und er findet alles in besserer Ordnung. Befährt er dann auch wirklich einmal das Nachbarrevier aus dem der Wetterstrom entnommen wurde, so wird die Wetterblende eben wieder schleunigst umgehängt und andere vorher genau verabredete Maßnahmen getroffen, so daß er auch hier wieder eine reichliche Wettermenge vorfindet. Die Bergarbeiter sind dann häufig erstaunt, wenn ihnen da, wo sich sonst kein Lufthauch bemerkbar machte, plötzlich der Wind um die Ohren sauft. Dazu kommt noch, daß nur selten Einrichtungen getroffen sind, die Wettermengen vor den Betriebspunkten zu messen, sondern das geschieht zumeist nur an den Wetterstationen der einzelnen Wetterabteilungen, wodurch eine Kontrolle an den einzelnen Betriebspunkten fast unmöglich gemacht wird. Und das wäre es sehr leicht möglich, Vorkehrungen zu treffen, um die Wettermengen auch an den einzelnen Betriebspunkten zu messen. Besonders beim Streben- und Firtzenbau wäre es unbedingt erforderlich, daß die Messstationen möglichst in der Nähe der einzelnen Betriebspunkte angelegt würden, weil bei den genannten Abbaumethoden die Bewetterung vielfach der Diffusion überlassen bleibt, was aber laut Bergpolizeiverordnung verboten ist. Der Bergwerksrat wird häufig mangelhaft geführt, kann aber auch meistens nicht so dicht ausgeführt werden, daß sich die Luft nicht dadurch verliert. Je weiter nun der Abbau von der Sohle ab fortschreitet, umso mehr verliert sich die Luft durch den unbedingten Bergvergas und die Bewetterung vor dem Abbaufuß bleibt immer mehr der Diffusion überlassen. Daher kommt es auch, daß die Temperatur im Abbau mit Bergvergas meist eine viel höhere ist, als an anderen Betriebspunkten. Wie soll aber der Grubenkontrolleur das feststellen, wenn nicht möglichst in der Nähe des Abbaufußes entsprechende Einrichtungen zum Messen der Wettermengen getroffen sind? Wieviel sieht es aber auch die Bergbehörde nicht, daß die Luft durch den mangelhaften Bergvergas verloren geht und die Bewetterung des Abbaufußes der Diffusion überlassen bleibt, aber wenn ein Stempel steht oder etwas schief gelagert ist oder wenn sich die Arbeiter eine sonstige Kleinigkeit haben zuschulden kommen lassen, das entgeht den Herren nicht und schreiben sie in solchen Fällen gewöhnlich auch mit aller Strenge ein. Daher erklärt sich auch das große Mißtrauen der Arbeiter gegenüber der Bergbehörde.

Nach den bergpolizeilichen Vorschriften dürfen in einzelnen Wetterabteilungen nicht mehr als 20 Arbeiter oder Strecken gleichzeitig in Betrieb stehen und nicht mehr als 60 Arbeiter beschäftigt werden, sofern der Revisor nicht in Einzelfällen Ausnahmen gestattet. Die Bewetterung einer jeden Grube soll ferner so eingerichtet sein, daß möglichst viele selbständige Abteilungen mit getrennten Wetterströmen geschaffen werden können. Diese sind derartig von einander zu trennen, daß das Ueberströmen von Wetter aus einer Abteilung in die andere ausgeschlossen ist. Auch ist es verboten, einen Betriebspunkt lediglich durch abschließende Druckluft zu bewettern. Das sind alles Bestimmungen, welche, so notwendig ihre Durchführung auch wäre, vielfach, besonders bei alten Bergwerken, nur auf dem Papier stehen. Diese so äußerst notwendigen Bestimmungen werden vielfach derart außer Acht gelassen, daß es den Anstehen hat, sie seien eigens dazu da, um umgangen zu werden. Das weiß auch unserer Ueberzeugung nach die Bergbehörde sehr gut, aber — ja aber —

Außer den Grubenbesitzern selbst stehen nun leider auch noch viele untere und mittlere Beamte den Arbeiterkontrollleuren feindselig gegenüber. Man begegnet hier vielfach noch der Ansicht, der Arbeiterkontrollleur müßte notwendigerweise zum Schlichter und Drangsalier der Steiger werden. Nichts ist falscher als das. Wodurch wird denn heute in Wirklichkeit der Steiger drangsalirt? Doch nur dadurch, daß ihm die Hände gebunden sind, daß er verantwortlich ist und doch nicht machen kann, was er für nötig hält und was vorgezeichnet ist. Der Bergbehörde gegenüber ist doch nur er allein der Verantwortliche. Man spricht freilich von einem „Verantwortlichen Betriebsführer“, aber der versteht es sehr gut, die Verantwortung von sich abzuwälzen. Setze sich doch jeder Steiger einmal die Frage vor, von wieviel Verordnungen und Verfügungen er so im Laufe eines Jahres Kenntnis nehmen muß durch Namensunterschrift. Und dann denke er daran, wieviel Verantwortung er dadurch hat auf sich nehmen müssen, die der Betriebsführer von sich abgewälzt hat. Vergewegenartige er sich auch mal, wie oft nicht vielleicht schon der Betriebsführer zu dem kontrollierenden Beamten der Königl. Bergbehörde, als dieser ihn auf Unregelmäßigkeiten hinwies, gesagt hat: „Ich habe das dem Steiger schon so und so oft gesagt, aber es nützt nichts, der Kerl taugt nun einmal nicht“. Vielleicht hatte der Betriebsführer dem Steiger das auch schon gesagt, vielleicht auch nicht. Wenn er es aber gesagt hätte, dann doch nur um die Verantwortung von sich abzuwälzen. Er hat im Innern vielleicht gedacht: „Der Steiger ist ein dummes Kerl, wenn er das so macht; es kostet ja nur Geld und nützt doch nichts“. Und dann bedenke jeder Steiger wohl, wie oft ihm bestellte Materialen, wie Holz, Wasser- und Aufstöße, Nutten und dergleichen, die er zur Ausführung herpöcklich vorgeschriebener Arbeiten unbedingt gebrauchen muß, gestrichen worden sind. Ist es doch vorgekommen, daß ein Steiger auf die Frage wo er dies und das hernehmen solle, die Antwort erhielt: „Bringen Sie es sich metnetwegen von Hause mit, oder stehlen Sie's sich!“ Auf die Gefahren, die dadurch in der Grube für die Arbeiter entstehen können, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Ich meine, das Gesagte genügt, um auch den rückständigsten Steiger davon zu überzeugen, wie unhaltbar seine Stellung bei der heftigen Grubenkontrolle ist. Aber es muß anders werden; das Interesse der Beamten und Arbeiter verlangt das gebieterisch. Nicht länger kann mehr gleichgültig zugeesehen werden, wie die Unfälle im Bergbau von Jahr zu Jahr sich mehren. Das einzige Mittel aber hier Abhilfe zu schaffen, heißt Beteiligung der Arbeiter an der Grubeninspektion. Und da untere Beamte und Arbeiter daran zu gleichen Teilen interessiert sind, so sollten sie auch gemeinsam den Kampf um die Arbeiterkontrolle gegen Bergbehörde und Unternehmensleitung führen. Der gemeinsame Feind ist der großkapitalistische Grubenbesitzer, der sich unter dem Schutze der Königl. Bergbehörde sträubt, diejenigen Reformen einzuführen, die zur Erhöhung der Betriebssicherheit, sowie zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter unerlässlich sind. Erst wenn wir die Grubenkontrolle durch Arbeiter haben und intelligente und rüchrigste Leute mit dieser Funktion betraut sind, kann auch der Steiger freier aufatmen, vorausgesetzt, daß er denselben nicht von vornherein vorurteilsvoll gegenübertritt und sie als das achtet, was sie sind: Organe zur Erhöhung der Sicherheit im Bergwerksbetriebe.

Inwiefern die Arbeiterinspektoren außerdem auch erzieherisch auf die Arbeiter einwirken werden, hat kürzlich das Organ des Steigerverbandes sehr treffend ausgeführt. In einem Artikel, der sich mit dem diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongreß beschäftigt, heißt es zum Schluß:

„Aber auch als Regulator des Verhältnisses zwischen Beamten und Arbeiter könnten dieselben nützlich wirken. Insbesondere würden sie aber ein Lehrinstitut für die Arbeiter abgeben, durch welches diese von der Erkenntnis kämen, daß es nicht so einfach ist, die Verggollene-Verordnungen immer und an allen Stellen durchzuführen. Sie würden dadurch einfach lernen, daß es nicht immer über Willen sein braucht, wenn einmal eine Leberretung vorkommt, sondern daß die Maßnahmen des Steigers und überhaupt der ganze Grubenbetrieb vielfach von elementaren Gewalten beeinflusst werden, die einen nicht immer so handeln lassen wie man wohl gern möchte. Der Gesichtskreis des Arbeiters müßte sich eben dadurch gewaltig erweitern, er würde lernen den Bergbau anders zu beurteilen, als wie er das bisher, infolge seines enghorizonten Gesichtskreises zu tun gewohnt ist.“

Dem möchte ich noch hinzufügen: Nicht nur als Regulator, sondern als Beförderer des Verhältnisses zwischen Beamten und Arbeiter würde die Grubenkontrolle durch Arbeiter wirken. Und das wäre wahrhaftig keine schlechte Eigenschaft an ihr, denn es ist die höchste Zeit, daß in der Beziehung endlich einmal eine Besserung eintritt. Also auch in diesem Betrage sind Beamte und Arbeiter gemeinsam interessiert. Aus beiden Lagern muß daher recht laut der Ruf nach Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle erschallen. In dem neuen bairischen Verggeseß sind die Arbeiterkontrollleure vorgezogen und was Bayern kann, das muß in Preußen auch möglich sein.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Stand der deutschen Genossenschaften.

Der letzte Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gibt bekannt, daß der Stand des deutschen Genossenschaftswesens sich wie folgt äußert:

	Vereine 1907	Mitglieder 1907
Genossenschaften überhaupt	26 851	4 105 594
davon Konsumgenossenschaften	2 110	1 181 453
Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine	985	885 074
davon Konsumvereine	959	879 221
Arbeits- u. w. Genossenschaften	25	5 853

Die dem Zentralverband angehörenden Konsumvereine umfassen nur 21,4 Proz. aller Genossenschaftsmitglieder überhaupt, dagegen 77,7 Proz. aller Konsumvereinsmitglieder. Den weitaus größten Teil der Genossenschaftsbewegung umfassen heute noch die Kreditgenossenschaften (1907: 15 602 Vereine mit 2 118 653 Mitgliedern). Die zweitgrößte Gruppe sind die Konsumtätigen Genossenschaften; an dritter Stelle folgen die Waren- oder Erwerbsgenossenschaften (1907: 7087 Vereine mit 525 884 Mitgliedern). Der Rest verteilt sich auf sonstige Genossenschaften mit 254 Vereinen und 33 587 Mitgliedern. In der Genossenschaftsbewegung existieren vier größere Zentralverbände, die sich wiederum in Revisionen (Bezirks-) Verbände gliedern. Davon umfassen im Jahre 1907: 1. Der Allg. Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (sog. Erügerscher Verband) 1334 Vereine mit 701 146 Mitgliedern; 2. der Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften (Neuwieder Verband) 16 447 Vereine mit 1 441 510 Mitgliedern; 3. der Zentralverband deutscher Konsumvereine, 910 Vereine mit 689 750 Mitgliedern (nur die eingetragenen Genossenschaften sind hier gezählt), und 4. der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften (575 Vereine mit 80 299 Mitgliedern). Außer den vier Verbänden bestehen noch 37 Revisionenverbände (die engeren Zusammenschlüsse, denen 2824 Vereine mit 433 594 Mitgliedern angehören), und 3624 Genossenschaften, die keinem Zentral- oder Revisionenverbände angeschlossen sind. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat nach der gewaltigen Ausdehnung aus dem Allgemeinen Verband den weitaus größten Teil der Konsumgenossenschaftsbewegung an sich gezogen. Dem Allgemeinen Verband Erügerscher Richtung gehören nur 274 Konsumvereine mit 246 945 Mitgliedern an, und überdies ist diese Gruppe noch im Rückgange begriffen, während der Zentralverband von Jahr zu Jahr wächst. Ueber die Entwicklung

des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in den Jahren 1905 bis 1907 gibt folgende Zusammenstellung eine nähere Lieblichkeit:

Zahl der	1905	1906	1907
Verbandsvereine	855	929	985
berichtenden Vereine	808	886	964
Mitglieder	710 289	781 389	885 074
Verkaufsstellen	2 115	2 324	2 563
beschäftigte Personen	9 595	10 716	12 788
	in 1000 Mk.	1000 Mk.	1000 Mk.
Jahresumsatz	280 856,4	268 514,8	308 704,4
Eigenproduktion	20 911,5	25 458,7	32 684,3
Erübrigung	18 268,7	19 870,2	20 995,2
Warenbestände	26 822,1	29 091,2	38 207,0
Inventar, Maschinen	5 115,8	5 588,7	6 612,0
Grundbesitz	30 469,0	37 075,8	42 079,8
Eigenes Kapital	22 897,5	25 811,7	28 398,5
Fremdes Kapital	29 461,6	38 281,2	48 160,7

	Warenverteilung		Eigenproduktion	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Konsumvereine	3886	6028	1449	811
Arbeitsgenossenschaften	888	5	410	229
Großeinkaufsgesellschaft	218	68	—	—
Zusammen 1907	4285	6099	1909	540
1906	3405	5158	1755	400

Von den Mitgliedern des Zentralverbandes dürften rund 90 Prozent der Arbeiterschaft angehören. Er hat sieben sog. Revisionenverbände, die die gesetzlich vorgeschriebenen Revisionen übernehmen und denen im übrigen die genossenschaftliche Agitation obliegt. Innerhalb der Revisionenverbände haben sich sog. Einkaufsvereinigungen gebildet, deren Aufgabe die Organisation des Wareneinkaufs, die Abhaltung von Einkaufstagen und die Unterhaltung der Großeinkaufsgesellschaft ist. Diese umfaßte 1907 499 angeschlossene Vereine und hatte einen Umsatz von 50,8 Mill. Mk. gegen 46,5 Mill. im Jahre 1906. Wir sehen, der Genossenschaftsgeist hat mächtig Wurzeln in der Arbeiterbevölkerung gefaßt. Es gibt Arbeitergenossenschaften, die geradezu erstaunliches und mustergültiges auf allen Gebieten des Ein- und Verkaufs, der Genossenschaftseinrichtungen wie in der Anerkennung der Arbeiterforderungen leisten. Das Genossenschaftswesen bildet neben der politischen Arbeiterbewegung und den gewerkschaftlichen Organisationen den dritten Fuß, auf dem die Gesamtarbeiterbewegung beruht. Welche Macht könnten die Arbeiter auch durch das Genossenschaftswesen ausüben, wenn sie verstehen, es auszunutzen. Freilich gehört zähe Ausdauer und vor allen Dingen Treue zu den Genossenschaften dazu, um diese einer guten Entwicklung entgegenzuführen. Nicht nur eingeschriebene Mitglieder, sondern auch laufende Mitglieder sollen die Genossenschaften, soweit sie die Konsumvereine umfassen, zählen. Dann floriert das Geschäft und jeder hat seine Freude an dessen Wähen und Gedeihen und es ist dann auch jeder Zusammenbruch ausgeschlossen. Ehe aber Konsumvereine errichtet werden, sollten sich die Arbeiter mit den Zielen und dem Wesen der Genossenschaften vertraut machen und deren Sagenen nachkommen, dann sind, wie gesagt, Zusammenbrüche, wie sie hier und dort vorkamen, ausgeschlossen. Nicht eher schreite man zur Gründung von Vereinen, als bis soviel Mitglieder gesammelt haben, daß der Verein selber gestellt ist, oder man schließt sich bestehenden Vereinen an. Sonst aber können wir den Vergleuten nur zurufen: **Schließt euch den Konsumvereinen an!**

Zur Reichsfinanzreform.

(Neue Steuern in Sicht)

Schulden, Mehrausgaben, neue Steuern, neue Steuern! Unter diesem Kurs segeln wir in Deutschland nunmehr seit mehreren Jahrzehnten! In Zukunft wird es nicht besser sein, sondern es wird hier weiter nach dem Rufe: „Je länger, je schlimmer“ gehen. Der große Rückschlag vom Jahre 1902 langte nicht aus, um von den jährlichen Mehreinnahmen die Mehrausgaben zu decken; auch die später bewilligten Steuern langten nicht aus. Das Reich blieb im Dalles sitzen. Jetzt wird davon gesprochen, daß das Reich 500 Millionen Markt benötigt. Diese zu erlangen macht der Regierung beim Reichsschatzmeister nicht wenig Beklemmungen. Wie es mit der Schuldenwirtschaft des Reiches aussieht mögen folgende Zahlen beweisen: In den vier Perioden

von 1877—1887	wuchs die Reichsschuld um	486 Millionen Markt.
" 1888—1895	"	1596 "
" 1896—1901	"	814 "
" 1902—1906	"	1148 "
	Insgesamt	3543 Millionen Markt.

Dazu kommen die Schatzanweisungen, so daß heute die zu verzinsenden Reichsschulden mehr als vier Milliarden betragen. Im Flottenetat wurde ja von Reichstag bekanntlich der Bau vieler Schiffe vorgesehen und die Gelder hierzu bewilligt; es kommen neue Reichsanleihen hinzu, so daß in etwa fünf Jahren die Reichsschuld auf sechs Milliarden Markt herangewachsen sein wird. Und höher steigt die Schuldenflut! Der Staatsschatzhaushaltetat muß in Ein- und Ausgaben mit immer größeren Zahlen rechnen.

Es ist nun selbstverständlich, daß die Interessenten sich mit der Frage beschäftigen, welche neue Steuerquellen sich zur Deckung der Mehrausgaben öffnen sollen. Und zu neuen Steuern muß gegriffen werden, da neue Anleihen die Schuldenlasten noch gewaltiger in die Höhe treiben würden. An Steuern und Zöllen wurde im Jahre 1907 nach den Vorschlägen erhoben (wir geben gleichzeitig die Zahlen der Bundesstaaten mit) in Deutschland 2070 Millionen Markt und zwar vom Reich 1351, von den Bundesstaaten 719 Millionen. Von der Summe entfallen auf direkte Steuern 584, auf Zölle und Verbrauchsteuern 1281 (Reich 1160, Bundesstaaten 81), auf Verbrauchssteuern 248 (Reich 165, Bundesstaaten 83) und auf Erbschafts- und Schenkungssteuern 57 (Reich 36, Bundesstaaten 21) Millionen. Die direkten Steuern machen rund 75 Prozent des gesamten Steuerertrages aller Bundesstaaten aus. Im Reich bilden die Zölle die Haupteinnahme mit 51,8 Prozent des gesamten steuerlichen Ertrages. **Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Deutschland 34,12 Mk. an Steuern und Zöllen;** davon entfallen auf Abgaben für das Reich 22,28 Mk., auf Abgaben für die Bundesstaaten 11,84 Mk. In direkten Steuern kommen auf den Kopf 8,81 Mk., an Zöllen und Verbrauchsteuern 20,29 Mk. (Reich 18,96 Mk., Bundesstaaten 1,33 Mk.) und Verbräuchssteuern 4,09 Mk. (Reich 2,73 Mk., Bundesstaaten 1,36 Mk.), an Erbschafts- und Schenkungssteuern 93 Pfg. (Reich 56 Pfg., Bundesstaaten 34 Pfg.) Was die direkten Steuern betrifft, so ist die Kopfquote am niedrigsten in Westfalen-Streit mit 5,20 Mk., am höchsten in den Hansestädten (Lübeck 32,24 Mk., Bremen 51,49 Mk., Hamburg 58,97 Mk.) In Preußen kommen auf den Kopf durchschnittlich 7,09 Mk., in Bayern 6,36 Mk., in Sachsen 11,90 Mk. direkte Steuern. In den Bundesstaaten machen übrigens die gesamten Steuererträge (719 Millionen) nur 14,90 Prozent aller ordentlichen Staatseinnahmen aus, und speziell die direkten Steuern 11,67 Prozent, in Preußen sogar nur 8,39 Prozent. Es kommt dies daher, weil die Mehrzahl der Bundesstaaten andere, bedeutendere Einnahmen (aus den Staatseisenbahnen usw.) hat. Im Reich ist das anders; hier bilden die Zölle und Steuern rund 54 Prozent aller ordentlichen Einnahmen.

Werden die kommenden Steuern indirekte oder direkte sein? Immer haben wir die Forderung unterstellt, daß eine Reichseinkommensteuer eingeführt werden sollte und zwar progressiv. Es wäre das das gerechteste Steuerpflichten, würde die Reichen belasten und die Armen entlasten. Besonders hart und ungerecht tüet die Arbeiterklasse durch die indirekten Steuern und Zölle. Auf jeden Kopf entfallen hier, wie wir oben gezeigt haben, allein 34,12 Markt und

soweit für die Einzelstaaten mit direkte Steuern zu zahlen haben, werden die Arbeiter auch nicht geschont. Es kann und nicht gleich sein im Reich, ob die Steuern direkte oder indirekte sein werden. Noch hilft sich über die Art der Steuern die Regierung in Dunkel; dennoch klären durch die Presse Mitteilungen, die uns erlernen lassen, wozu die Zölle geben soll. Da haben wir zuerst zu vergegenwärtigen, daß die Verbrauchssteuern sich erhöhen! Branntwein (Spiritus), Bier und Wein, auch die natürlichen Mineralwasser dürfen zur Steuer herangezogen werden. Ferner soll der Zabol höher besteuert werden; gestrebt wird nach dem Reichspetroleummonopol. Man hofft durch das Monopol einige Dutzende Millionen Markt herauszuschinden. — Ungeliebt wird ferner das Zigarettenmonopol, die Dividendensteuer, die Inseraten- und Werbesteuer usw. Wie weit diese Bestrebungen sich realisieren, muß abgewartet werden. Soweit wir die bürgerliche Presse verfolgen, begeht man sich selbstverständlich für die Steigerung und Einführung der indirekten Steuern, da diese ja von den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Und da auch das Zentrum, als alter Freund indirekter Steuern dem Volk zu Hilfe eilen wird, sobald die Gefahr vorliegt, daß die bürgerliche Steuern nicht angenommen würden, so können wir jetzt schon den Arbeitern zurufen: Tut den Beutel auf! Was trägt die bürgerliche Sippschaft danach, ob die wirtschaftliche Krise die Arbeiterklasse zu Boden brückt. Sieh selbst drüben, die Arbeiterklasse belasten, was ja immer ihre Parole, und sie können sich solches erlauben, gibt es doch Hunderttausende von Arbeitern, die blindlings mit ihren Ausbeutern mitlaufen und es gibt genug „Arbeiterführer“ die hierbei die Butte über spielen. So war es ja 1902 bei Beratung der Sozialreform und so wird es weiter sein. Gibt es noch „Arbeiterführer“, die nach Parlamentsstühlen hungern, deshalb nehmen sie auch die Rolle der Seelenverkäufer recht gern auf sich.

Es waren Bruder und Schwester der Reichtum,

Die Franzosen haben die Kurliste meldet: „Gräfin und Gräfin G. sind aus Berlin mit Begleitung hier eingetroffen. Das wäre nun nichts Besonderes, denn solche Leute treffen eben immer in irgend einem Kurort ein. Schon um der Berstreuung willen. Aber hier hat die Wahl von Franzosen einen besonderen Grund. Die G. haben keine Kinder, aber eine Nullbombe. Das arme Tier leidet an Zuständen, bei welchen gerade Franzosen das empfehlenswert ist: Verdauungsstörungen. Der Arzt hat daher eine sehr wichtige Moorbadkur für die Dogge verordnet, und so erfährt die Franzosenbader Kurgesellschaft diese seltsame, aber charakteristische Vereinerung. Ja, wer im Falle von Verbaumungsstörungen so ein Hund sein könnte!“

Die Not.

Der Bericht des Vereins für Kinderpolitiklichen für 1907/08 in Berlin gibt ein Beispiel des Elends in den unteren Bevölkerungsschichten. Von den zur Speisung überwiesenen Kindern erhielten 4328 Freispeisung, nur 175 zahlten 5 Pfennig. In 8008 Familien der Kinder wird überhaupt nicht, in 788 nur zeitweise geflocht. Als Grund des Notstandes wird angegeben:

in 988 Fällen	Tod des Ernährers,
" 378	Cheverelassene und geschiedene Frauen,
" 186	Krankheit des Ernährers,
" 1241	Arbeitslosigkeit und zu geringer Verdienst.

Dies ist nur ein kleines Bildchen aus dem Gegenwartsstaat, es begründet aber eindringlich die Reformbedürftigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Eine lehrreiche Statistik.

Das erste Vierteljahrshesft zur Statistik für das deutsche Reich von 1908 bringt den Nachweis über die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe, aus dem eine ganz kolossale Steigerung hervorgeht. Es kosteten an den hauptsächlich in Frage kommenden Handelsplätzen im Durchschnitt:

	Im Jahre		Prozentuale Steigerung	
	1895	1907		
pro 1000 Kilogramm	Woggen	116,88 Mk.	189,80 Mk.	60,80 Proz.
	Weizen	140,00	207,40	47,80
	Hafer	122,20	188,50	51,70
	Mais	105,80	141,80	38,90
pro Doppelzentner	Gerste	145,80	175,80	20,80
	Starkaffeln	30,45	42,02	37,90
	Rindvieh	119,—	146,80	48,12
	Schweine	90,10	110,80	22,42
pro Doppelzentner	Fälber	112,80	168,40	45,04
	Lammel	109,50	149,80	38,38
	Woggenmehl	18,04	26,78	48,54
	Butter	187,70	229,50	26,05
1 Tonne	Stähl.	48,89	74,51	50,97
	Heringe	27,70	30,32	10,05
	Reis	15,34	20,64	19,—
	Schmalz	68,60	94,20	37,31
pro 1000 Kilogramm	Säure u. Felle	160,84	214,48	34,—
	Wolle	208,88	402,—	51,54
	Baumwolle	68,46	108,20	56,80
	Steinkohlen	88,75	120,75	36,10
Eisen	49,56	77,42	56,40	

Das waren die Steigerungen der Preise im Großhandel, denen die Kleinhandelspreise nicht immer genau auf- oder abwärts folgen. Es existiert bisher in Deutschland keine umfassende Statistik über Kleinhandelspreise, so daß man nur dieses Material zu Vergleichszwecken heranziehen kann. Die kleine Anzahl der hier aufgeführten notwendigsten Artikel zeigt im Durchschnitt der letzten zwölf Jahre eine Steigerung von 40 Prozent, nur Petroleum ist annähernd gleich geblieben, während Zucker einen kleinen Rückgang im Preise zu verzeichnen hat, der aber zehnfach aufgewogen wird durch die Steigerung aller übrigen Lebens- und Verbrauchsartikel, die hier keinen Raum finden konnten. Eine bis ins kleinste Detail durchgeführte Statistik und Berechnung der Steigerung im Kleinhandel würde noch einen bedeutend höheren Prozentsatz ergeben. Dann sind aber ferner die Mieten in diesem Zeitraum ganz ungeheuer gestiegen, Steuern und Abgaben wurden höher. Über fast jeder Pfennig mußte direkt und indirekt erst erkämpft werden!

Schleifische Magnaten.

Im Scherfchen „Tag“ behandelt Dr. Friedrich-Berlin den schleifischen Montanbesitz. Er nennt dabei nur die größten Besitzer; als solche werden aufgeführt:

Der Fiskus	rund 83 000 Hektar
Fürst Hohenlohe	42 000 "
Fürst Wolf	40 000 "
Herzog von Ratibor	38 000 "
Fürst zu Stolberg-Wernigerode	27 000 "
Prinz Hohenlohe-Jungingen auf Roschentin	25 000 "
Guido Hendl, Fürst von Donnersmard	22 000 "
Hugo Lutz Arthur Hendl v. Donnersmard	18 000 "
Graf Heide-Windler	15 000 "

Als großer Besitzer kommt auch noch der frühere Reichstagspräsident Graf v. Ballestrem in Betracht, dessen Steinkohlengruben im Jahre 1907 1 200 000 Tonnen Kohle gefördert haben.

Aus den Bergschiedsgerichten.

Delstnig. Sitzung vom 13. Juli 1908. Vorstehender Uffessor Dr. Weigelt aus Freiberg. Besitzer der Arbeitgeber: Obersteiger Feustel aus Delstnig, Reitersteiger Berger aus Söhndorf. Aus der Mitte der Arbeiter: Sauer Zwölfisch und Sauer Mähler, beide aus Söhndorf. Zur Verhandlung standen fünf Berufungen gegen die Knappschaftsberufungsgenossenschaft Sektion VII in Zwidau. 1. Der Zimmerling Nibel in Söhndorf hatte am 19. März 1907 bei der Delstniger Bergbauwerkstatt Rippenbrüche der fünften und sechsten Rippe rechts erlitten, wofür er zuletzt 10 Proz. Rente erhielt. Ab 1. Mai 1908 war diese Rente nach einem Gutachten des Dr. Sommer im Kreiskrankensitz Zwidau, eingestellt worden, wogegen sich die Berufung richtete. N. gibt an, daß er in gebückter Stellung noch sehr schlecht arbeiten könne. Das Schiedsgericht hatte die Lohnnachweise vom Werk eingeholt, nach welchen der Kläger durchschnittlich 4,75 Mk. nach dem Unfall verdient hat, vor dem Unfall nur 4,25 Mk., welches Nibel, ohne den Gegenbeweis zu erbringen, bestritt; er gibt nur einen Verdienst von 4,50 bis 4,60 Mk. an. Seine Berufung wurde verworfen. 2. Der Bergarbeiter Schneider in Delstnig hatte am 21. Oktober 1906 auf Grube Deutschland Querschnungen des dritten und vierten Fingers der rechten Hand erlitten, wofür er zuletzt 25 Proz. Entschädigung erhielt.

Nach einer neuerlichen Untersuchung durch die Ärzte Dr. Kurzweil und Dr. Wollmann im Kreiskrankenhospitale Jindlau sollen keine erwerbsfähigen Personen mehr vorhanden sein, weshalb die Feste am 1. Mai 1908 eingestellt wurde. Nach in Augenscheinnahme der verletzten Finger durch das Schiedsgericht, beschließt dasselbe die weitere Beseitigung durch den zuerst behandelnden Arzt Dr. Wessinger in Oelsnitz. Es erzählt nebenher von der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse die Inhabenden ab 18. April 1908, monatlich 15,25 Mk. 8. Dem Anführer Sternlicht in Stolberg waren am 8. Januar 1907 auf Grube Deutschland das erste und zweite Glied des rechten Fußgelenkes durch Unfall abgequetscht worden, wofür er eine Rente von 20 Proz. erhielt. Bei einer neuerlichen Nachuntersuchung durch Dr. Sommer im Kreiskrankenhospitale Jindlau sind die Unfallfolgen nur noch auf 10 Proz. zu bewerten, während Kläger sich nur eine Minderung von 5 Proz. gefallen lassen will. Nach Belehrung durch den Vorsitzenden, daß eine fünfprozentige Rente nach den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes als nicht bezifferbar anerkannt werden könnte, verlangt S. die 20 Proz. weiter. Er wurde mit seinem Ansuchen abgewiesen, die noch gewährten 10 Proz. erhält er, nach dem Ansuchen des Dr. Sommer, hauptsächlich bauend, weil eine weitere Besserung ausgeschlossen ist. 4. Die Bergarbeiterswitwe Waffling in Oelsnitz verlangt die gesetzliche Hinterbliebenenrente (20 Proz. des Arbeitsverdienstes ihres verstorbenen Ehemannes.) Dieser hatte im Jahre 1907 auf Grube Kontordia eine Fußverletzung erlitten, welche eine längere Erholung zur Folge hatte. Am 19. April 1908 ist W. gestorben an einem Krebsgeschwür an der Wange, welches nach dem Auspruch des Dr. Frank in Oelsnitz in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall im Jahre 1907 stehen soll, während die Witwe die Todesursache auf den Unfall zurückführt. Das Schiedsgericht beschließt, ein Gutachten hierüber vom Kreiskrankenhospitale Jindlau einzuholen. Die Sache wurde vertagt. 5. Die Verurteilung des Schieferers Wajlsauer aus Gersdorf wurde als verurteilt zurückgewiesen. W. ist einer von denjenigen Leuten, welche im vorigen Jahre von Kaisergrube, Gersdorf, aus Schlesien mit großen Verprechungen hierher gelockt wurden, seine Kameraden sind alle schon längst wieder abgereist. Er ist bei der Anlegung zur Bergarbeit von dem unterzeichneten Arzte Dr. Schmidt in Gersdorf mit einem erkrankten Auge vorgefunden worden und trotzdem angelegt, welche Handlungsweise gegen das Vergesetz verstößt. Beim Baden nach vollbrachter Schicht hat er sich angezogen in das Auge gestochen, was schließlich die Entzündung beseligen und den Ertrag durch ein künstliches im Gefolge hatte. Die Berufsgenossenschaft hatte aus obigen Gründen eine Entschädigung abgelehnt, es wird seitens der Organisation versucht werden, die Ursachen des erkrankten Auges in seiner Heimat Schlesien zu ermitteln, um dem Manne möglichst zu seinem Recht zu verhelfen. So geht es, wenn die Arbeiter es unterlassen, ihre Ansprüche auf feiner Zeit geltend zu machen. Dem Kläger ist, wie er nachträglich angibt, sein Auge dadurch verletzt worden, daß ihm ein Fohlen bei einem Wutschlag, wo er in Schlesien in Diensten stand, hineingeschlagen hat.

die besten Erfolge erzielt werden. Von insgesamt im Jahre 1907 erzielten 885 888 Stunden Arbeitszeitverkürzung (ohne die abgewehrte Arbeitszeitverlängerung und die insolge Ausperrungen eingetretene Verkürzung) wurden durch Streik 21,8 Proz. und ohne Streik 78,4 Proz. erreicht. Ebenso wurden von den Lohnverhörungen 25,4 Proz. durch Streik erkämpft und 74,8 Proz. ohne Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt. In den drei Jahren 1905 bis 1907 hat sich das Verhältnis noch auffallend zu Gunsten der Lohnbewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung gestaltet, wie sich aus folgender Zusammenstellung ergibt.

Es erreichten in Prozenten:

Jahr	Arbeitszeitverkürzung				Lohnverhöhung			
	Personen durch Streik	Personen ohne Streik	Stund.pr. durch Streik	Stund.pr. ohne Streik	Personen durch Streik	Personen ohne Streik	pro Woche durch Streik	pro Woche ohne Streik
1905	68,8	86,7	68,0	82,0	71,8	28,7	68,7	81,5
1906	77,2	22,8	76,2	28,8	78,1	28,9	70,8	29,7
1907	78,6	21,4	78,4	21,6	78,0	22,0	74,6	25,4

Zu diesem Ergebnis schreibt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission:

„Das sind keine Anzeichen von Schwäche der Gewerkschaften, sondern die besten Beweise der steigenden Kraft, des wachsenden Einflusses derselben. Je stärker die gewerkschaftlichen Organisationen werden, je größer der Kreis der ihrem Einfluß unterliegenden Personen, je fester das Gefüge der Gesamtorganisation und je reichlicher die finanziellen Mittel vorhanden sind, desto mehr Achtung und Respekt werden so dem Internerium abgewonnen und um so mehr wird dieses genötigt sein, den terroristischen Herrenstandpunkt aufzugeben. Und dieser Einfluß ist in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen, und daher auch die verzweifelte Anstrengung der Unternehmerverbände, den Einfluß und die Kraft der Gewerkschaften durch die Ausperrungen zu brechen. Das verfohlene Jahr erschien den Internern ganz besonders geeignet, einen Gewaltstreik gegen die Arbeiterorganisationen zu führen. Die Organisationen des Bergwerkes und der Holzindustrie waren besonders dazu ausgerufen, der Vernichtung anheimzufallen und das Resultat dieses Unsternes war, neben den ungeheueren direkten Verlusten der Unternehmer, ein Sieg der Gewerkschaften, der sich in folgenden Zahlen wieder spiegelt. In beiden Organisationen wurde zusammen für 78 808 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 280 261 Stunden pro Woche und für 202 888 Personen eine Lohnverhöhung von zusammen 44 658 Mk. pro Woche erzielt.“

Wir werden, sobald uns die gesamten Zahlen vorliegen, auf die Streiks, Ausperrungen usw. zurückkommen. Jedmal sollten unsere Kameraden sich obige Zahlen durchlesen und sie sollten es den indifferenten fortgesetzt vorhalten, daß solche riesigen Erfolge nur zu erreichen sind, wenn die Arbeiter in geschlossenen, guten Organisationen zusammengehen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften im Kampfe!

(Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1907.)

Die Erfolge der Gewerkschaften, soweit deren Tätigkeit sich auf die Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreckt, stehen im Jahre 1907 nur wenig denen vom Jahre 1906 nach und sind größer als die vom Jahre 1905. Das ist von ganz besonderer Bedeutung für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, denn die Jahre 1905/06 standen im Zeichen guter Konjunktur, während das Jahr 1907 schwer unter der industriellen Krise zu leiden hatte.

In Nr. 5 der „Statistischen Beilage“ des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht die Generalkommission die Ergebnisse der Erhebungen über die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe, die sich in der Hauptsache auf die Erfolge derselben erstrecken“) und aus denen wir die wichtigsten Zahlen hier wiedergeben. Forderungen wurden in den letzten drei Jahren insgesamt 29 265 gestellt. Davon entfallen auf das Jahr 1905 6659 = 25,4 Proz., auf das Jahr 1906 8643 = 38,4 Proz., und auf das Jahr 1907 8058 = 80,2 Proz. Im Jahre 1907 wurden also bedeutend mehr Forderungen hinsichtlich Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt, als im Jahre 1905, und so sind auch die Erfolge des Jahres 1907, wenn auch nicht ganz so hoch wie im Jahre 1906, so doch ungleich höher als die des Jahres 1905. Von der in den Jahren 1905 bis 1907 erzielten Arbeitszeitverkürzung und Lohnverhöhung entfällt der geringste Teil auf das Jahr 1905. Es wurde Arbeitszeitverkürzung erzielt für 774 743 Personen, von denen 24,1 Proz. auf 1905, 48,8 Proz. auf 1906 und 81,1 Proz. auf 1907 entfallen. Lohnverhöhung wurde erzielt für 1 632 103 Personen. Davon kommen auf 1905 28,2 Proz., auf 1906 42,4 Proz. und auf 1907 31,4 Proz. Von den 6206 korporativen Arbeitsverträgen, welche in den letzten drei Jahren zwischen Gewerkschaften und Unternehmern abgeschlossen worden sind, entfallen auf das Jahr 1905 24,3 Proz., auf 1906 38 Proz. und auf 1907 37,7 Proz.

Von den 8053 im Jahre 1907 gestellten Forderungen wurden in 12 412 Orten insgesamt 56 272 Betriebe mit 1 118 233 Beschäftigten betroffen. 295 Forderungen wurden wieder zurückgezogen, dagegen wurden die Forderungen in 168 Fällen stillschweigend von den Unternehmern anerkannt und in 4652 Fällen wurden die Differenzen durch erfolgreiche Unterhandlungen beigelegt. 14 Fälle waren am Schlusse des Jahres noch nicht erledigt. An diesen Bewegungen ohne Arbeitszeitverkürzung waren insgesamt 525 235 Personen beteiligt.

Während 61,8 Proz. der Differenzfälle des Jahres 1907 ohne Arbeitszeitverkürzung erzielbar wurden, kam es in 2986 = 38,2 Proz. der Fälle zum Streik oder zur Ausperrung. Die Gesamtzahl der an den Streiks und Ausperrungen beteiligten Personen beträgt 281 080, ist also wesentlich geringer als in den beiden vorhergehenden Jahren. Die Kosten der Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen betragen 1907 insgesamt 12 533 561 Mk., davon allein für Ausperrungen 6 147 079 Mk., für Angriffsstreiks 5 082 221 Mk. und für Abwehrgreife 1 304 261 Mk.

Die unmittelbaren Erfolge der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe des Jahres 1907 sind: Arbeitszeitverkürzung für 248 911 Personen zusammen 912 650 Stunden pro Woche und Lohnverhöhung für 513 213 Personen zusammen 992 895 Mk. pro Woche. Ferner wurde erreicht Lohnaufschlag für über 8000 in 1884 Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374 Fällen, Verrückung der Arbeitszeit in 75 Fällen, Verbesserung der Fabrikbezug. Bau- oder Werkstattdrängung in 38 Fällen, Abregelung wurde abgewehrt in 170 Fällen und Sonstiges wurde erreicht in 1837 Fällen. Korporative Arbeitsverträge wurden insgesamt in 2339 Fällen für 272 040 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen.

Die erzielene Arbeitszeitverkürzung beträgt durchschnittlich für jeden Beteiligten pro Woche 3 1/2 Stunden und die Lohnverhöhung beträgt für jeden Beteiligten im Durchschnitt wöchentlich 1,98 Mk. Die Beteiligung der verschiedenen Berufs- und Industriezweigen an den Ertragsleistungen des letzten Jahres zeigt die folgende Tabelle:

Berufsgruppen	Arbeitszeitverkürzung		Lohnverhöhung	Korporative Arbeitsverträge
	für Personen	Stund.pr. pro Woche		
Baugewerbe	50 792	201 650	4	151 843
Metallind. Masch. u. Schiffbau	92 144	289 292	3/4	97 585
Graph. Gewerbe u. Papierindustrie	3 025	6 020	2	3 458
Holzindustrie	25 516	84 611	2 1/2	51 040
Nahrungsmittel- u. Bekleidungsindustrie	14 448	74 695	5/4	43 538
Textilindustrie	36 156	106 049	3	70 694
Hand- u. Erzeugnisgewerbe	10 173	59 280	5/4	36 055
Sonstige Berufe	16 657	111 063	6/4	59 002
Zusammen	248 911	912 650	3 1/4	513 213

Wie in den beiden vorhergehenden Jahren weist die Statistik auch für 1907 nach, daß nicht durch Streiks, sondern durch Unterhandlungen

Ein neues Ermet-Debit.

Unter dem Debit der Grubenmagnaten und deren gelben Handlanger haben die Inhaber der Braueret von Hausdorf & Sohn in Waldenburg am Donnerstag ihre organisierten Arbeiter ausgesperrt. Dieser Bestand bei der Firma ein Tarif, der mit dem Verband der Brauerarbeiten abgeschlossen war. In letzter Zeit sind die Arbeiter mit der Firma wegen des Abschusses eines neuen Tarifs, der einige Verbesserungen enthalten sollte, in Verbindung getreten. Sie wurden daraufhin eines Tages einzeln in das Kantor gerufen, und zwar die jüngsten und unerfahrensten zuerst. Dort fanden sie u. a. auch einen Herrn vor, den sie nicht kannten und der freundlich auf sie einredete, mit ihren Forderungen ja recht bescheiden zu sein. Er zog dem das Verhalten dieses Herrn allen recht sonderbar erschien, glaubten sie, einen Vertreter des Hauptverbandes ihrer Organisation vor sich zu haben und wurden deshalb verwirrt. Als dann aber auch ältere Arbeiter herbeikamen, erkannten diese in dem Herrn sofort den in Bergarbeiterkreisen seit langem bekannten Herrn Ermet, den Führer der „rechtsstreuen“ Bergarbeitervereine im Waldenburger Revier und den Handlanger der Grubenmagnaten. Der Born der getäuschten Jüngeren und unerfahrenen Arbeiter über die Schwärze, die man ihnen zugeführt, konnte keine Grenzen. Soweit sie bereits ihr „Einverständnis“ zu den Vorschlägen ihres vermeintlichen „Hauptverbandes“ gegeben hätten, zogen sie dieses sofort wieder zurück. Die „Verhandlungen“ wurden für diesen Tag abgebrochen. Die Firma hat in den nächsten Tagen aber darauf bestanden, daß ein von Ermet zusammengebrachter „Tarif“ angenommen werde, und als die Arbeiter sich dessen weiterten, zu dem Mittel der Ausperrung gegriffen. Das Gewerkschaftstaktik hat zur Abwehr des gelben Vorstoßes sofort den Boykott über die Braueret verhängt.

Internationale Rundschau.

Brief aus Australien.

Ein nach Australien ausgewandertes Verbandsmitglied schreibt uns: D u b l e y, N.-S.-W. (Australien), den 8. Juni 08.

Am 22. Januar fuhren wir — mein Kamerad Preisk und ich — von Bremerhaven nach Sydney (Australien), wo wir am 15. März glücklich eintrafen. Der Fahrpreis betrug inklusive guter und ausreichender Verköstigung 381 Mk. Wir hatten zu vier Mann eine Cabine. In Fremantle, dem ersten australischen Hafen, erhielten wir die Mitteilung, daß sechs Wochen früher, als im Monat Januar, ein Coal Miners' Strike beendet worden war. In Sydney empfingen uns sofort deutsche und Kolonie-(australische) Sozialisten. Wir gingen mit in den internationalen Klub, wo wir nach Legitimierung einen herzlichen Empfang hatten. Hier erfuhren wir das Nähere über Land und Leute. Der Sekretär, ein junger englischer Schriftsteller, gab uns ein Begleit-respektive Empfehlungsschreiben an den Vorstand der Miners-Union (Bergarbeiter-Verband).

Mr. Peter Dawling, Seadman der Union, nahm uns gut auf, zumal wir einen Dolmetscher (deutscher Kaufmann) mit uns hatten. Dawling ist der einzige Mann, der im Vorstand gleichzeitig auch Sozialist ist. Er ließ uns sagen, daß ich nicht solle denken, daß alle Unionsmitglieder Sozialisten seien; es wäre nicht Deutschland, sondern England respektive Australien. Davon habe ich mich auch weidlich überzeugt, denn bei aller guten Haltung in Arbeitsangelegenheiten ist das Volk doch nicht so einheitsvoll in politischen Sachen. Sie sind mehr für den Sport, so z. B. Pferde-Wettrennen, Fußballspiel, Boxerkämpfe u. a. m. Einigen dämmert ja schon die Morgenröte einer neuen Zeit, aber es geht langsam. Dafür kann man auch hier in diesem Lande schreiben und sprechen über die Regierung, was man will, die fühlt sich nicht im mindesten angegriffen, wie bei uns die deutsche Regierung. Aber das muß man auch sagen: Wer hier arbeitet, hat auch sein gutes Auskommen, nicht wie im heiligen Vaterland, wo man am Sonntag oft nicht weiß, wohin mit den Moneten. Das macht eben, daß der direkte Lebensunterhalt, wie Brot, Fleisch, Weht usw. hier bei weitem billiger und ungefüllt ist, gegenüber Deutschland.

Auch was die Kleidung anbelangt, so braucht man sich hiervon keinen Vorrat nach Australien mitzubringen. Hier kauft man Kleidungsstücke genau so billig, wenn nicht noch billiger, als in Deutschland. Der Verdienst in unserer Colliery (Zeche) ist so schwach, wie auf Zeche Neumühl (Nahrboden), wo ich zuletzt gearbeitet habe. Für eine Tonne (20 Zentner) ist ein Einheitspreis von 3 Schilling = 3 Mk. 6 Pf. festgesetzt. Man verdient an harten oder von der Förderung beeinflussten Plätzen 7, 8 oder 9 Schilling, an guten Plätzen 12, 14, 15 bis 18 Schilling pro Schicht. Alle drei Monate werden die Plätze gewechselt, wer vorher einen schlechten Platz hatte, bekommt dann einen guten, jedoch jeder Miner (Bergmann) sein Auskommen hat. Hierzulande machen natürlich auch die Frauen wieder ganz andere Ansprüche, als in Deutschland. Wie hier überhand die Frau das Regime in Händen hat! Ich wollte es keinem raten, seiner Frau hier z. B. eine Ohrfeige zu geben. Sie läßt ihn einsperren, sechs Wochen lang. Und ist der Mann in der Bar (Restaurations), dann holt sie ihn heraus; er hat nicht zu widersprechen. Das sind so Landeskitten. Ich finde das auch sehr schön, denn dadurch wird viel Not und Sorge erspart in der Familie, wenn man bedenkt, daß ein Schnaps, der bei uns für 5 Pf. zu erhalten ist, hier 25 Pf. kostet. Ein Glas ganz hausgemäßes Bier kostet 25 Pf., besseres Bier 50 Pf. Eine gewöhnliche Zigarre erhält man hier für 25 Pf., in der alten Heimat dürfte sie nur 5 Pf. kosten. Aber ohne alle diese Luxusartikel kann man auch leben, wenigstens braucht man keinen Mißbrauch im Konsum dieser Waren zu treiben, sonst ist man verloren. Noch eins! In die Arbeiten wird sämtliches Material geliefert. Zwei Mann arbeiten an einem Platz, haben Kohle, Laden die Wagen und stellen das fertig gefertigte Holz. Der Wähler (Schlepper) hat mit seinem Pferde die Kohle fünf bis zwölf Partien zu besorgen. Alle Plätze sind flach und ist die Kohle fünf bis sieben Fuß stark und rein. Das Gebirge ist durchschnittlich gut. Nur im Widdam-Distrikt hat man Plätze von 45 bis 50 Grad und 28 bis 32 Fuß Mächtigkeit. In diesem Distrikt arbeitet man aber bloß die halbe Zeit, so z. B. die letzte Woche

im Mai zwei Schichten, in vorhergehender Woche drei Schichten. Die Dudley Colliery arbeitet regelmäßig. Seit dem 20. März, wo wir in Arbeit traten, hat sie nur eine Schicht ausgelassen, und das war wegen der Jahresabschlussrechnung. Wenn wir nun hier eine Verbandsversammlung halten wollen, dann sagt das der Sekretär dem Manager (Betriebsführer). Der gute Mann ist dann verpflichtet, uns noch bei der Arbeit durch Boten oder durch den Wähler zu bestellen, daß ein Meeting to Day ist. Dann wird um 11 1/2 oder 1 Uhr, je nachdem das Meeting angeht, ist, ausgefahren. Und schwarz geht's zum Meeting (Versammlung). Wir haben gestaut, als wir so etwas das erste Mal sahen, doch jetzt sind wir es gewöhnt, denn es haben in letzter Zeit mehrere solcher Meetings vom Verbandsausstand stattgefunden. So etwas müßte man mal in Deutschland riskieren. Ich glaube, man fände dann die Fäden mit Dretten verknagelt. Oder auch nicht! Der deutsche Bergarbeiter ist weit mächtiger, als er sich träumen läßt. Er muß nur den Weg zur Macht, und das ist der deutsche Bergarbeiterverband, suchen. Darum, Kameraden, wach auf, wach auf!

Mit herzlichem Glück auf!
D. Schälbe.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Woss von Dausmann. In einem Stapel ist es hier vorgekommen, daß auf Kohlen, welche von Kameradschaften im Gebirge gekloppt waren, nach dem Ausladen aus dem Rollkasten Reparaturnummern gesteckt wurden, sobald sie den Kameraden verloren gingen. In Tragbahnen scheint es auch zu fehlen, denn als am 5. Juli ein Kamerad im Revier II verunglückte, dauerte es lange Zeit, bis eine solche gefunden war. In der Nebenstraße von der 8. nach der 8 1/2. Abstellung ist es sehr nah und schmutzig. Um Schacht II, wo nur Leute vom Revier II aus ein- und ausgehen, soll bei der Selbstfahrt viel gebubelt werden. Hoffentlich sorgt man für Ordnung.

Serne. Wir erluchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichs-Preßgesetzes nachstehende Verächtlichung der in Nr. 25 dieses Blattes vom 20. Juni d. J., Seite 5, unter dem Stichworte Zeche Friedrich der Große enthaltene Notiz zu veröffentlichen: „Es ist unrichtig, daß auf Zeche Friedrich der Große keine Gashewagen vorhanden sind. Gashewagen sind in genügender Anzahl vorhanden, nur muß im Schacht IV das lange Gähge (Schlangenhohrer) auf die Förderkörbe gesteckt werden, weil diese nur 1,80 Meter lang sind. In der Grube werden auch die langen Schlangenhohrer mit dem Gashewagen nach der Gashöfammer gebracht. Klagen über ungenügendes Schärpen der Bohrer sind und bisher nicht zu Ohren gekommen. Es ist ferner unrichtig, daß Werkzeug und Schienen fast immer fehlen. Werkzeug ist in den einzelnen Revieren in genügender Menge vorhanden und auch stets vorhanden gewesen, auch konnten die Betriebspunkte immer hinreichend mit Schienen versorgt werden, wenn die Lagerbestände auch Umfang Juni wegen verzögerter Lieferung des Wertes etwas knapp gewesen sind. Die Lampen befinden sich in einwandfreiem Zustande. Gewerkschaft Friedrich der Große.“

Zeche Maximilian. Die Wäsche ist in sehr schlechter Ordnung. Haden kennt man sehr wenig, auch müssen sich die Arbeiter Stricke selbst auflegen, zudem laufen auch die fünf vorhandenen Wraufen schlecht. Strafen von 2,50-3 Mk. sind keine Seltenheit. Der Betriebsführer forscht auch vor allen Dingen darauf, daß mit der Munition etwas vorsichtiger umgegangen wird. Auch die Verletzung und Wetterführung sollen zu mündigen übrig lassen. Vier Wochen schon haben die Arbeiter auf einen Signalmann warten müssen, aber in den nächsten vier Wochen kommt, heißt abzuwarten.

Zeche Breußen (Schacht II). Im Revier V des Steigers Fuhrmann ist ein Bremsberg 20 Meter zu hoch gegangen; das Hangende ist 8-12 Fuß ausgebrochen. Gebirge regnet es bei den Aufraumungsarbeiten nicht, wenn die Leute den Steiger danach fragen, sendet er sie zum Betriebsführer, welcher ihnen zur Antwort gibt, es würde lubitmeternweise bezahlt, wieviel sagt er aber auch nicht. Die Leute wissen somit überhaupt nicht, was sie verdienen. Außerdem hat der Steiger zwei Mann (Schlepper) zum Steineladen bestimmt. Einer bekam hierbei schwere Verletzungen und der Steiger erlaubte sich trotzdem noch den Ausdruck, er werde den betreffenden Mann bestrafen. Unseres Erachtens nach kennt der Steiger Fuhrmann überhaupt keine bergpolizeilichen Vorschriften, denn dann dürfte er zwei Schlepper nicht allein arbeiten lassen. Wir wünschen im Interesse der Sicherheit der Kameraden, daß die Bergbehörde hier mal gründlich eingreift.

Zeche Raddob (Schacht I und II). Die Wäsche ist hier in sehr schlechtem Zustand und bei starkem Regenwetter regnet es durch. Das Verhalten des Steigers C. den Arbeitern gegenüber gibt Anlaß zu vieler Unzufriedenheit, besonders die Art, wie er den Arbeitern das Gebirge wieder zu verkleinern sucht, wenn es vom Betriebsführer etwas erhöht wurde. Auch über den Hilfssteiger W. wird lebhaftes Klage wegen seines Verhaltens den Arbeitern gegenüber geführt. Kürzlich soll er noch ohne Grund mehrere Kameraden als Faulenzer bezeichnet und als sich diese dagegen verwahrten, dem einen geigart haben: Wenn ich mit ihnen allein wäre, wollte ich ihnen schon was anderes zeigen. Was sollte den Arbeitern denn eigentlich gezeigt werden?

Rheinbabenstraße. Alles andere, aber kein Musterbetrieb ist diese Zeche. Ebenfalls kann die Behandlung nicht als musterhaft hingestellt werden. Im Revier I des Steigers Schönfeld ist der Fahrweg über die zweite Sohle nach Flöz 10 in einem miserablen Zustande. Alles Holz und die Steine versperrten fast vollständig den Weg. Ebenfalls ist sehr schlecht verbaut, jedoch man froh ist, wenn man mal wieder mit gefunden Knochen durchkommen ist. Ebenfalls ist der Fahrweg im Stapel in schlechtem Zustande. Die Stöße liegen voll dieser Steine. Wenn man bedeuft, daß man in denselben das ganze Gebirge mit herauf- oder herunterschleppen muß, dann sollte man annehmen, eine vorrichtige Vermarktung hätte schon längst diesen gefährlichen Zustand beseitigt. Aber wie sagt doch der Steiger Hüters: „Wir können mehr Leute kriegen, als wir brauchen können.“ Fahrsteiger Krumme will zwar nicht in die Zeitung, er will die Mißstände selbst beseitigen, aber von allem, was ihm bis jetzt gemeldet wurde, ist noch gar nichts beseitigt. Auch werden hier miserable Löhne ausgezahlt. Aber beschweren man sich, dann heißt es, es sei nichts geleistet worden, oder, wenn es nicht paßt, dann gehen Leute genug. Einem sozialdemokratischen Wahmann wurde gekündigt, trotzdem er ein fleißiger und nützlichster Arbeiter ist. Durch ein solch strenges Regiment können sich die Herren die Achtung der Belegschaft nicht erwerben.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Abendröthegrube. Am 12. Juli feierten die Arbeiterradfahrer in Rotenbach ihr Bezirksfest. Zum Unglück waren es auch die reichstreuen Schäflein, welche am selben Tage ein „Knappenfest“ abhielten. Dazu waren kolossale Veranstaltungen getroffen. Durch großzügige Reklame wurden eine ganze Anzahl Schambuden herangelockt, deren Befehl auch in der Hoffnung, hier ein gutes Geschäft zu machen, dem Rufe Folge leisteten. Doch mit des Geldes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Die Wundenreißer mußten mit ihrem Beutel das reichstreue Tätigkeitsfeld wieder verlassen. Mit Hilfe dieses Festes hatte man jedenfalls geglaubt, das verrostete reichstreue Schild wieder aufzulackieren zu können. Da nun dieses gründlich zu Wasser geworden ist, obwohl man allen, welche kamen, reichstreue oder nicht, freien Zutritt gestattete, darüber haben nun die Herrn Grubenbeamten einen ungeheuren Horn. Bald nach dem verunglückten Feste fand man es für nötig, die Leute in der Grube mit böhmischen Bemerkungen usw. zu verächtlichen. Wieder ist es der Steiger Hüters, welcher es hier an nichts fehlen läßt. In der ganzen Abstellung ist er herumgeritt. Dabei hat er sich zu mehreren Leuten geäußert: „Sie sind auch beim roten Verein, es ist doch schade um das Geld, was da eingezahlt wird. Wenn Sie einem Verein angehören wollen, so treten Sie doch dem reichstreuen Verein bei.“ Am 14. Juli war Abschlag, dabei konnte es sich, Herr Hüsters, auch nicht verkneifen, seine bestiebte Agitation zu betreiben. Obwohl die Leute vor dem Schalter standen, um die paar Pfennige Geld in Empfang zu nehmen, geneigte das den Herrn absolut nicht. Er ließ ganz einfach einen Arbeiter zu sich kommen, um mit diesem wegen des Radfahrerefestes zu konfizieren. Diese Gewissenserforschung dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Während dieser Zeit wurde kein Abschlag ausgezahlt. Einem Arbeiter, welcher der am 5. Juli stattgefundenen Bergarbeiterversammlung beigewohnt hatte, erklärte der lebenswürdige Herr: „Sie sind in der letzten Versammlung gewesen, da sind wir am längsten Freunde gewesen.“ Auch die verlassene Landtagswahl muß zur Befähigung der Arbeiterschaft erhalten. So sind einige Arbeiter, welche für die der Grube genehmen Kandidaten die Stimmen nicht abgaben, damit bestraft worden, daß man sie vor schlechte Arbeiter reichte. Neben dem Rotenbacher Militärverein, für den sich die Beamten ebenfalls tüchtig ins Zeug legen, ist es der reichstreue Verein in Witzendorf, der den Beamten schon viel Kopferbrechen gemacht zu haben scheint. Das über

schichtenwesen steht hier auch noch in voller Blüte. Nicht nur unter sondern über Tage werden die Leute bestärkt, recht viel Leberfische zu machen. Trotzdem man die Kohlen noch notwendig braucht, kann man doch konstatieren, daß die Löhne schon merklich zurückgehen. Was brauchen auch die Kumpels hohe Löhne. Sie können ja ihren hungerigen Magen genügend mit „Reichstreu“ füllen. Langt dieses noch nicht, müssen eben Leberfische gemacht werden und die Zufriedenheit ist wieder hergestellt. Doch das allerhöchste von allem kommt noch. Auf der Abendgrube wird jeder, welcher krank ist und deshalb den Krankenschein nimmt, gefragt, ob er im Bergarbeiterverbande ist. Wehrt dieses der Betreffende, so hat man nichts eiligeres zu tun, als mit diesem Resultat den Krankenschein zu zieren. Ungeachtet dieser unerhörten Tatsache fragen wir: Woher nimmt sich die Grubenverwaltung das Recht zu solchen Maßnahmen? Was sagt dazu der „Feierabend“, welcher sich nicht genug über Terrorismus der Gewerkschaften entlasten kann? Ungeachtet solcher Tatsachen braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn viele Bergarbeiter, besonders jüngere, den Staub von den Füßen schütteln und diesen Pakt verlassen. Jedenfalls haben die Arbeiter nicht Lust, sich wie unter Kuratel gestellt behandeln zu lassen. Die beste Waffe gegen solche Zustände ist die Organisation, deshalb hinein in den Bergarbeiterverband.

Bahnfahrt. Trotzdem dieses Welt noch nicht über Mangel an Absatz zu klagen hat, obwohl die Kohlenpreise seit April wieder erhöht worden sind, so fühlt man sich doch demüthigt, die Löhne zu reduzieren. So sind in der dritten Abteilung bei Steiger John vor manchen Oertern die Bedinge ganz erheblich reduziert worden. Bis zum 1. Juli gab es für den Wagen Kohlen 50 bzw. 62 Pfg. Diese Reduzierung ist erfolgt, trotzdem die Arbeiter mit dem früheren Bedinge nicht das Salz in der Suppe verlierten konnten. Verliert ein Arbeiter seine Kontroll- oder Selbstfahrtskarte, so kostet eine vom Werk gelieferte neue 25 Pfg. Der Wert dieser Karte beträgt aber nur 3-4 Pfg., jedoch reichlich 20 Pfg. an diesem Ding verdient werden. Hoffentlich steht die Verwaltung ein, daß dieses kein Gegenstand sein sollte, um Profite herauszuschlagen. Die Arbeiter erwarten Abhilfe.

Rechtsergreife. Der Leutenmangel scheint auf diesem Welt chronisch zu werden. Die erdenklichsten Mittel sind schon angewandt worden, Leute heranzulassen. So war es erst im April d. J., wo ein Beamter des Werks in Rheinland-Westfalen sein Fell versuchte. Trotzdem tüchtig gearbeitet worden war, waren doch nur 27 Personen den Leuten gefolgt, doch kaum sind sie hier, so verschwinden sie wieder nach und nach, was angeht die Verhältnisse nicht zu verwundern ist. Bekanntlich müssen die Leute, welche vom Ruhrgebiet nach hier kommen, erst sechs Wochen über Tage arbeiten. Als nun einige junge Leute den Abteilungsleiter fragen, wo sie denn eigentlich verdienen würden, wurde ihnen gesagt, da müßten sie zum Betriebsleiter gehen. Dieser erklärte ganz einfach: „Hier darf bekommt ihr jedenfalls nicht.“ In danner Meinung gingen die Leute wieder zum Steiger, doch wußte er es immer noch nicht. Er schickte sie zum Obersteiger, doch auch hier erholten sie keine Auskunft. Jedenfalls scheint man sich, den Leuten keinen Wein einzuschütten. Als die Kumpels lange genug herumgerannt waren und noch einmal zum Betriebsleiter gingen, da erst bequente dieser sich, ihnen die Freudenbotschaft zu übermitteln, daß sie 2,80 bis 3 Mt. erhalten sollten, dabei sollten sie noch 12 Stunden arbeiten, was sie aber hübsch bleiben ließen. Infolge dieser Kleinverdienste ist es kein Wunder, wenn einer von diesen Leuten am Juni-Donnerstag 8 Mt. heraus bekam. Als sich der Betreffende wegen dieses Verdienstes beschwerte, sagte man ihm: Die Schichtmeister habe halt nicht mehr ausgegahlt.

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Karl Ferdinand. Um eine leichtere Kontrolle des Jahreslohnes zu ermöglichen, wünscht der „Vergknappe“ statt der bisherigen hier bestehenden Lohnzettel Lohnbüchlein. Mit diesen Gebühden kämen wir vielleicht erst recht vom Regen in die Traufe, denn beim Herausnehmen des Geldes werden sie gewöhnlich schon halb zerissen und Punkte man sich ebenföhr für diese Fegen wie für die Lohnscheine Sammeln lassen. Auch würde vielleicht, wie es an manchen Orten schon Usus ist, auf diesen Sachen stehen: „Dreimal nachgezählt, Reklamationen werden nicht angenommen.“ Will dies der „Vergknappe“? Warum tritt er nicht für Anschaffung von Lohnbüchlein ein? Der Arbeiter würde gerne ebenso wie im Ruhrgebiet 10 Pfg. für ein solches Buch bezahlen, auf daß er für Steuerreklamationen usw. nicht erst lange in dem Noth nach verstreuten Lohnscheinen und Lohnbüchlein zu suchen braucht. Das ist aber so eine Sache beim „Vergknappen“. Die Einführung von Lohnbüchlein hat der alte Verband schon längst in Lothringen angeregt. Auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ brachte schon aus Lothringen sich mit dieser Sache beschäftigende Artikel. Da müßte ja der „Vergknappe“ schreiben: „Wir sind mit dem Wunsche der Verbändler nach Lohnbüchlein einverstanden, denn auch die Gewerkschaften wollen sie.“ Doch das ging gegen den Grundsat so mancher „Christen“, die nichts anderes mehr aus der Feder fließen lassen können als „auch hier hat der christliche Gewerbeverein den Vorstoß gemacht.“ Die Lothringer Kameraden wünschen aber nicht die Einführung von Lohnbüchlein, sondern von Lohnbüchlein, mein lieber „Vergknappe“.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Was geht vor?
Aus Prag meldet die „Frankfurter Zeitung“ unter dem 23. Juli folgendes:

„In Brüx und Umgegend kündigen die tschechischen Bergarbeiter in großer Zahl, um sich in das westfälische Kohlengebiet zu begeben. Im ganzen nordwestböhmischen Braunkohlenrevier scheinen Agenten tätig zu sein, welche die Arbeiter veranlassen, nach dem westfälischen Kohlengebiet überzusiedeln, wo sie höhere Löhne erhalten.“

Im Ruhrbecken sperrt man tausende Arbeiter aus, die wirtschaftliche Krise macht sich in erschreckendem Maße breit. Seit langer Zeit sind nicht mehr so schlechte Löhne ausgezahlt worden, wie am letzten Lohnstage. Die Steiger in der Grube erklären, daß es noch schlimmer kommen wird. Die Kohlenlager sind jetzt gefüllt, und schon sind Feuerfische auf einzelnen Gruben eingelegt worden; aber trotzdem treffen noch ganze Kolonnen fremde Arbeiter ein, die den Werksagenten folgten. Hinzu kommt obige Nachricht. Wir haben allen Grund, unsere Kameraden zu warnen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Grubenbesitzer jedenfalls zu einem Schlage gegen die Ruhrbergleute aussholen wollen! Wir richten an die bisher eingewanderten fremden Kameraden im Ruhrbecken die dringende Bitte, ihren Bekannten und Verwandten in der Heimat zu berichten, daß es mit der „goldenen Zeit“ im Ruhrbecken jetzt vorbei ist, die Krisis insofern ihren Einzug schon gehalten hat, indem die Arbeiterbehandlung schlechter wird und die Löhne fortgesetzt sinken. Die jetzt noch herangezogenen Arbeiter sollen alle Fälle gegen ihre Ruhrkameraden ausgegahlt werden. Es hat sich unter Verbänden vorstaud sofort mit der Bergarbeiterorganisation in Oesterreich in Verbindung gesetzt, um Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Von den Grubenbesitzern verlangen wir im Interesse der gesamten Ruhrbevölkerung Aufklärung, was vorgeht und was mit der fortgesetzten Einschleppung fremder Arbeiter bezweckt wird? Und unsere Kameraden ersuchen wir dringend, auch ihrerseits alles zu tun, was zur Stärkung des Bergarbeiterverbandes beitragen kann. Wir müssen gegen alle Eventualitäten gerüstet dastehen. Wecht die Schlafenden auf, Kameraden, die Zeit wird ernst!

Drei neue Verbandsälteste

wurden bei den am 26. Juli stattgefundenen Wahlen gewählt und zwar in Essen, Marzloh und Lindenhorst-Deusen. Das Stimmenverhältnis zeigt sich wie folgt:

Ort	Stimmen	Wahlberechtigte	Wahlresultat
Essen	80	54	—
Marzloh	157	102	—
Lindenhorst-Deusen	289	66	—

Ein Bravo unseren Kameraden! Die Wahlen zeigen aber auch, daß der Gewerbeverein, trotzdem er den Mund auch heute nicht voll

genug nehmen kann, bei den verschiedenen Wahlen keine Geschäfte mehr machen kann. Und dabei kämpfen sie mit den schmutzigsten Waffen, erhalten die Unterstützung durch die Beuten usw. Trotzdem muß der Gewerbeverein Niederlage auf Niederlage im Ruhrbecken erleben. Das kommt von der Got- und Hüllosigkeit des Gewerbevereins.

Die Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge

Ist nicht nur eine alte Forderung der Bergarbeiter, sondern sie wird auch verlangt von den Arbeitern der großen Hüttenwerke, wo Pensionskassen bestehen. Schon seit vielen Jahren ist in Wort und Schrift für die Rückzahlung gekämpft worden und auch die christlichen Gewerkschaften haben sich später diesem Kampfe angeschlossen. Im letzten „Vergknappen“ lesen wir in einer Besprechung, einer vom christlichen Metallarbeiterverband herausgegebenen Schrift, über die Prozesse gegen die Firma Krupp auf Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge manches Wort, daß sich die Agitatoren des christlichen Gewerbevereins der Bergarbeiter so recht zu Herzen nehmen möchten, dann kann es nicht vorkommen, daß ein Effekt er und andere sich hinsetzen in öffentlichen Versammlungen und die Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge, trotz entgegengelegter Beschlüsse der Bergarbeiter tagungen, bekämpfen, wie es in Oberbayern geschehen ist. Effert hatte sogar den Mut zu sagen, selbst Potorny und seine Freunde würden im Ruhrbecken nicht für eine Rückzahlung der Beiträge eintreten. Daß wir es doch tun, auch wenn es sich um das Ruhrbecken handelt, ist unsere Pflicht. Warum aber bel den „Christlichen“ die Zwitterstellung? Einmal hoti, dann hü?

Dem einen seine Uhr' ist dem anderen seine Nachtigall.

Jeder will seine Kunst gelobt haben, sogar Schwaben- und Kaler-ländlinder machen davon keine Ausnahme, wie nachfolgendes von höchster fittlicher Entlastung diktiert Schreiben des Kammerjägers Karl Richter von Mellingshausen beweist:

Mellingshausen d. 22. 7. 08.
Arbeitslos der Bergarbeiter Zeitung
betreffend Der Zeche Ludwig

In Nr. 26. Seite 5. der Bergarbeiter Zeitung vom 27. Juni 1908 heißt es die Waschkraue läßt viel zu wünschen übrig. Schwaben giebt es keine Kalerlader wohl aber dasohr bin ich entunterzeichnet schon 1. Jahr angestellt also hat der einsender nur unwahrheit behauptet Sonntag den 28. Juli wird die Waschkraue wieder gereinigt daher bitte ich den einsender des Artikels sich der Sache in Eugenischein zu nehmen Achtungsvoll Karl Richter.

Gut ah, vor dem Ibl. Leberleiser des Herrn Richter, aber wenn es mit seinen Kenntnissen in der Kammerjägerei nicht besser bestellt ist, wie mit seiner Schreibkunst, braucht man sich nicht zu wundern, daß auf Zeche Ludwig das Ungeleser immer noch so stark vertreten ist. Herr Richter hat uns durch sein originelles Schreiben wieder einmal gezeigt, daß die ungewollten Wige immer noch die besten sind.

Ein interessanter Prozeß

Am Freitag den 24. Juli vor dem Schöffengericht zu Quer statt. Kamerad Potorny hatte den christlichen Vertrauensmann Mehaus in Glatzbeck verklagt, weil dieser ihn in öffentlicher Versammlung einen gemeinen Ullner genannt hatte. Mehaus wollte nur Ullner gesagt haben. Dieses Prädikat hatte sich B. dadurch verdient, weil er der Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß christliche Bergarbeiter mit dem Vorgehen ihres in Reichstag - Veröffentlichung des vertraulichen Materials über das Wagenmüllen betreffend - einverstanden wären bzw. sein müßten. Da ein Vergleich im Termine zunächst scheiterte, wurde in die Beweiserhebung eingetreten. Diese fiel für B. und mit ihm für den Gewerbeverein, der Gut J. B. für die Veröffentlichung den Vernichtungsstempel angebrocht hat, recht lächlich aus. An der Hand von Beisitzern, wie Anführungen christlicher Medner à la Imbusch wie an sonstigen Beisitzern gelangte Potorny, daß, wenn er die ihm unterföhrte Behauptung aufgestellt habe, er dann auch im Recht war. Das sah denn auch Mehaus ein. Da Potorny an einer Verurteilung kein Interesse hatte, kam ein Vergleich zustande, da B. seine Beleidigung mit Bedauern zurücknahm und außer den gesetzlichen Kosten auch die zweimaligen Reisekosten für den Rechtsanwalt Potornys übernahm. In der gleichen Sache hat B. auch Herrn Sekretär Imbusch verklagt und muß der Termin hierfür am 10. August in Vorbed stattfinden. Wir werden nach Ausgang dieser Sache näher auf die Angelegenheit eingehen. Den Vergleich soll B. im „Vergknappe“ und in der „Bergarbeiter-Zeitung“ auf seine Kosten veröffentlichen.

Mit Gott für König und Vaterland

werden jetzt auch in Helfenkrähen diejenigen aus dem angeblich unparteilichen Kriegerverein herausgewinnelt, welche bei der Landtagswahl ihrer Ueberzeugung entsprechend sich betätigt und gestimmt haben, wie folgender Ulas, welcher mehreren Mitgliedern zugeht, beweist:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie laut Vorstandsbefehl vom 17. Juni 1908 als Mitglied des Kriegervereins „Fürst von Bismarck“ ausgeschlossen sind.
Die Ausschließung erfolgte wegen Vergehen des § 9 unseres Staats.
Der Vorstand
des Kriegervereins und Landwehrvereins „Fürst von Bismarck.“
Fr. Stein. (Wetterer Name unleserlich).“

Wir sind der Meinung, daß denkende Arbeiter wirklich wichtigeres zu tun haben, als ihre Zeit mit Kriegervereinsschlössen totzuschlagen. Es schadet daher nichts, daß denen, welche das immer noch nicht einsehen können, es auf diese Weise zum Bewußtsein gebracht wird.

Der Gendarm als klassischer Zeuge.

Welche Gefahr die heutige Versammlungsüberwachung für die Arbeiterbewegung und jeden Versammlungsbordner hat, lehrt eine am 8. Juli sich abspielende Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Blah. Angeklagt war der Arbeitersekretär Kamerad Potorny aus Waldenburg wegen „Verächtlichmachung von Staatsleistungen“ und „Gendarmenbeleidigung“. Dieses Verbrechen sollte er begangen haben in einer Bergarbeiter-Versammlung zu Rungenzorf bei Neurode, die gegen den ersten Entwurf des Reichsvereinsgesetzes Stellung nahm. Die Anklage gründet sich auf eine kühnartigste Aussage des überwachenden Gendarmen Maasch in Neurode, der nach der Versicherung des Herrn Staatsanwalts ein solcher Virtuose in Aufnehmen von Versammlungsberichten ist, daß er auch den Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Kameraden Potorny und den früheren Reichstagsabgeordneten Kühn hinter schwebliche Gardinen gebracht habe. Die Anklage, welche die 17-tägige Rede des Angeklagten „widergeben“ will, wimmelt von soviel Ungereimtheiten, daß jeder „solcher“ Redner unbedingt dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen würde. Die Hauptfrage aber ist, der Gendarm hat das gehört was er geschrieben hat, und kann das beideln. Und weil er beideln kann, beantragt der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis, denn das Zeugnis des Gendarmen ist klassisch - er hat schon mehr Sünden dem Arme der prüflichen Gerechtigkeit überliefert. Und das Ulaer Gericht, das dem Angeklagten jeden Gegenbeweis und jeden Sachverhalt kündigenbeweis wiederholt ablehnte, hält das Zeugnis des Gendarmen Maasch für unerschütterlich und verdonnert den Angeklagten trotz der glänzendsten Verteidigung zu einem Monat Gefängnis und Publikation des Urteils, wobei gottlob das gute Faktum zu verzeichnen ist, daß die Revision sgründe bergeshoch liegen.

Der christliche Gewerbeverein gegen einen katholischen Geistlichen.

Das Zentrumsorgan, die „Saarpost“, vom Freitag den 24. Juli, weiß folgendes zu berichten:
„Sulzbach, 24. Juli. Gestern Abend tagte im Feine'schen Saale hierzuland eine über 800 Personen besuchte Versammlung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, in der Generalsekretär Effert das Hauptreferat hielt. Redner bestrich sich in 1 1/2-tägiger Rede mit den maßlosen Angriffs, die Dichtant Säulen von Jllingen am vergangenen Sonntag in Thalergweiler bei dem Fahnenweihfest des dortigen katholischen Arbeitervereins gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet hat. Effert widerlegte in überzeugender Weise die Behauptungen des Herrn Dichtanten und protestierte im Namen der gesamten christlich organisierten Arbeiter gegen dessen verleumdende Anwürfe. Die Versammlung, die dem Redner wiederholt stürmischen Beifall zollte, nahm nachstehende Protestresolution an:
„Die am 23. Juli 1908 in Sulzbach versammelten 800 Bergarbeiter beider Konfessionen protestieren auf das entschiedenste gegen die Ausführungen des hochw. Herrn Dichtanten D. An f. n. von Jllingen in Thalergweiler. Die Versammelten stehen vor wie nach auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftliche

Organisation auf interkonfessioneller Grundlage aufgebaut sein muß. Versammelte versprechen, vor wie nach für die christlichen Gewerkschaften einzutreten und alles zu bekämpfen, was zu konfessionellen Fach-Organisationen führen könnte.“

Die zweite Protestresolution wurde speziell von den katholischen Mitgliedern des christlichen Gewerbevereins einstimmig angenommen, um energische Verwahrung einzulegen gegen die ungeneuerliche Verächtlichmachung der Glaubensbrüder von Hunderttausenden katholischer Arbeiter, die Mitglieder christlich-nationaler interkonfessioneller Gewerkschaften sind. Die Resolution, die auch der bischöflichen Behörde zur Kenntnis gebracht werden soll, lautet:

„Die anwesenden katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften weisen den Vorwurf zurück, sie bekämpften die katholischen Arbeitervereine (Sty Berlin) wie Volkare die katholische Kirche bekämpft hat. Ganz besonders weisen wir den Vorwurf zurück, sie betrachteten diese Vereine als „einfache, die ausgerottet werden müßten“. Wir kommen nach näher auf die Versammlung zu sprechen.“

Aus dem christlichen Lager.

Ueber den Bruderkampf zwischen dem Gewerbeverein und den katholischen Fachabteilungen bringt der „Christliche „Vergknappe“ in seiner Nr. 30 vom 25. Juli 1908 wieder folgende Blüte:

„Ist der „Vergknappe“ ein Verleumder?“
In unserer Nr. 26 vom 27. Juni veröffentlichten wir unter der Stichmarke: „Was kostet der Rechtschutz bei den „Verleimern“ in Lothringen?“ eine Zuschrift aus Lothringen, worin berichtet wurde, daß einem Arbeiter, der Rechtschutz haben wollte, von dem „Verleimer“ Sekretär Holz ein Vorschuß von 20 Mark aberlangt wurde. Daraufhin ging uns von dem Sekretären Kloos und Holz und auch von dem genannten Arbeiter eine Verächtigung zu, in der die in der genannten Holz angeführte Behauptung als unwahr bezeichnet wurde. Wir brachten die Verächtigung in unserer Nr. 28.

Jetzt bringt die Nr. 15 des „Korrespondenzblattes der beruflichen Fachabteilungen“ vom 10. Juli eine Notiz: „Der Vergknappe“ als Verleumder“, worin unsere erste Notiz und eine Erklärung des in Betracht kommenden Arbeiters Müller-Freimengen, die unsere Notiz für unwahr erklärt, veröffentlicht wird. Das genannte Blatt fährt dann fort: „Das ist doch ein starkes Stück! Aber dem „Vergknappen“ scheint im Kampfe gegen die „Verleimer“ auch das schmutzigste Mittel gut genug zu sein.“

Wir müssen den uns gemachten Vorwurf der Verleumdung und des Kampfes mit schmutzigen Mitteln ganz entschieden zurückweisen. Wir sind keine „Verleimer“ und brauchen deshalb keine Verleumdung und keine schmutzigen Mittel. Auch in dem hier in Betracht kommenden Falle haben wir ganz korrekt gehandelt. Als uns die Notiz zuzug, hielten wir sie selbst für so unwahrheitsgemäß, daß wir schließlich bei dem Gewährsmann anfragten, ob die Sache auch stimmte und er in der Lage sei, den Vorfall eventuell vor Gericht zu beweisen. Erst als unser Gewährsmann erklärte, der Beweis könne erbracht werden, der in Betracht kommende Müller habe unter Zeugen erklärt, ihm seien 20 Mt. Vorschuß aberlangt, brachten wir den Vorfall in die Öffentlichkeit. Also nicht der „Vergknappe“ ist der Verleumder. Wenn die „Verleimer“ Sekretäre verleumdet worden sind, so sind sie von einem ihrer Anhänger verleumdet worden. Wir sind gerne bereit, das vor Gericht zu beweisen. Wir wundern uns übrigens nicht darüber, daß solche Vorkommnisse bei den „Verleimern“ möglich sind, denn böse Beispiele verderben gute Sitten.“

Kinder, schaut an den „rührigen“ Gewerbeverein!

Dem Bergarbeiterverband wurde kürzlich vom „Vergknappen“ vorgeworfen, daß er sich bezüglich der „Schwarzen Listen“ an alle unpassenden Stellen gewandt habe, während Franz Wehrens die richtige Quelle gleich entdeckte. Wehr noch, die christlich-zentrumsliche Presse sagte dem Bergarbeiterverband direkt auf den Kopf zu, daß er in dieser Angelegenheit hinter dem Gewerbeverein nachhinkt. Nun ist es eine längst bekannte Tatsache, daß es zu dem Handwerk der „Frommen“ gehört, Geschichtsfälschungen zu treiben, sobald für sie etwas dabei herauszurufen kann. Aber man wartete bisher ruhig einige Zeit ab, bis eine Sache mehr in Vergessenheit geraten war, und dann erst wurde die Wahrheit platt gehalten. Jetzt ist man dreifach geworden, das „Ulla“ und die „Erfolge“ der Fälscher haben den christlich-zentrumslichen Herrschaften die Augen geblendet. Im Mai sagte die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Öffentlichkeit von dem Bestehen der Sayungen des Zentrumsverbandes in Kenntnis, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ersuchte um Aufklärung über das Bestehen des Verbandes bei der Essener Polizeibehörde und forderte sofort in einem Aufruf in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 23. Mai die Geschädigten auf, sich zu melden, damit für sie auf dem Klageweg vorgegangen werden könne. Daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ im öffentlichen Interesse die Staatsanwaltschaft aufsuchte, einzuschreiten, versteht sich am Rande. Wie wir sehen, hat der Verband sich nicht an alle unpassenden, sondern an alle passenden Stellen gewandt. Und das alles geschah schon, ehe der „Vergknappe“ über den Zentrumsverband etwas zu berichten mußte. Erst in der Nummer vom 30. Mai konnte der „Vergknappe“ überhaupt etwas der Welt davon erzählen, was für eine Gefahr der Zentrumsverband für die Bergarbeiter heraufbeschwöre. Heute weisen christliche Agitatoren, wie Imbusch, umher und erzählen den verdünnten Zuhörern, daß der Gewerbeverein die Sache zuerst beim Schopf faßte. Zentrumssetzungen verbreiten dieses Märchen weiter und können es ja schließlich gleich sein, wer den „Geheimbund“ an das Tageslicht zertere, da schließlich ja doch die Sache selbst ihre Bedeutung hat. Wir wollen nur das Legendenschild und die Verlogenheit der Gewerbevereinskreise hier festnageln. Der Fick ist noch nicht kalt und sie haben aus ihm schon den Frosch geaubert. Die Ungeheuerheiten sind frisch in aller Erinnerung und da wird von den christlichen Herrschaften schon gelogen, daß sich die Balken biegen! So etwas muß man erleben, um es glauben zu können.

Eine weitere Schwindelnotiz machte den Kreislauf durch die Zentrums-presse, worin „festgestellt“ wird, daß die Veränderung des bayrischen Verg-fgesetzes ein hervorragender Erfolg“ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter sei. Daß der Bergarbeiterverband eher wie der Gewerbeverein die bekannten Forderungen der Bergarbeiter formuliert und sie dem Landtag übermittelte, wird nicht gesagt. Der Erfolg ist nur dem Gewerbeverein zu danken, demselben Gewerbeverein, dessen Generalsekretär Effert herkam und die eigenen Forderungen in Oberbayern verschütete und verspottete (Anschaffung der Frauennarbeit). Es war das eine sehr gute Empfehlung für die Gewerbevereinsanträge, als Effert und Funke herkamen und sagten, es gehe nicht an, die Frauennarbeit sofort gesetzlich zu verbieten, so etwas müsse Zeit haben! Eine nette Empfehlung war es auch, als Funke den Bergarbeitern zurief: „Wenn die „Genossen“ gegen die Frauennarbeit sind, brauchen sie ihre Frauen ja nicht zur Grube hinführen!“ Und was werden sich die Grubenbesitzer gefreut haben, als die beiden christlichen Herren in Oberbayern erklärten, die Frauen müßten ja Edelweiss pflücken gehen, falls die Frauennarbeit auf den Gruben aufhöre. Diese Worte sollten die christlichen Arbeiter an allen Kirchentüren anschlagen, damit alle Welt erfährt, wofür geniale Gewerkschaftsführer es sind, die so mit den Forderungen der Arbeiter umgehen! Dann wird in der Zentrums-presse erzählt, was alles der Gewerbeverein tun will für die Bekämpfung der Bergarbeiterforderungen durch die Gewerbevereinsnovelle. Nun wir sind auch dabei und haben noch ehe der Gewerbeverein an seinen Aufruf dachte, die bezügliche Stellung zu der Gewerbeverein genommen und unsere beiden Vertreter im Reichstag werden nicht verfehlen, ihre Pflicht gründlich zu tun. Wir verlangen nicht den Weirand, wie ihn der Gewerbeverein beanspruchen muß, will er noch etwas gelten. Nur soll man nicht in demagogischer und verlogener Weise die Dinge zu darstellen, als habe alles nur allein der Gewerbeverein getan, er sei rührig bei der Arbeit, er habe gerecht die Sachen in die Hand genommen usw. Der Verband hinkt nach! Nein, diesen neuen Agitationstrik der „Christlichen“ werden wir ihnen ebenso vorhalten wie die bis jetztigen verlogenen Tricks. Dazu haben die Lügen doch zu kurze Beine. Wenn wir die Akten öffnen, dann glauben wir im Interesse der Bergarbeiter dazu beizutragen, daß solchen, der Bergarbeiterjagd nicht dienenden Schwindelmannsdern bald ein Ende bereitet wird. Weder in Frigheit noch in der Richtigkeit haben die christlichen Herrschaften die rechte Schule gewiffen, darum ist für sie mehr Wehrgeldheit sehr am Plage.

Wodelfawingh. Wir erhalten folgende Zuschrift: Die verfloßene Landtagswahl hat hier schon ihre Opfer gefordert. Am 12. Juli fand die Generalversammlung des Kriegervereins statt. Eine Anzahl Bergleute erhielt schon vorher einen Einschreibebrief. Die fränkischen Mitglieder sollten sich bis zum 10. d. Mts. wegen ihrer Abstammung bei der Wahl erklären, widrigenfalls ihr Ausschluß aus dem Verein erfolgen

werde. Eine Kommission überreichte dem Vorstand im Auftrage der...

Kandidaten und da folglich eine Reihe Namensunterschriften eine Hand...

und könnten auch die Bergleute getroffen mit der Zuerst auf eine...

Königreich Sachsen.

Zugau. Eine der häufigsten Erscheinungen, welche innerhalb der...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Königshütte. Ueber die Behandlung der Kranken im hiesigen...

Wie angebliche Christen die Lehren des großen...

Am Fronleichnamstage hatte ein Bergmann sich sein Pflichten...

Aus Saarabien. „Königliche“ Kumpels in der Wa...

ft u. e. Von arbeitslosen Bädergehilfen erhalten wir die kaum glaubliche...

Möke, Fr. Neurode. (Wenzeslausgrube). Bekanntlich findet...

Neurode. Wenn die Wenzeslausgrube liegt. Durch ein vom Kameraden...

Hannover, Braunschweig, Sassen-Lippe.

Bergbauern und Umgebend. Nunmehr haben auch die hiesigen...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die gebundenen Listen.

Ein christliches Schützburgerstück aus Saarabien. Die Blamage, die der...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die gebundenen Listen.

Ein christliches Schützburgerstück aus Saarabien. Die Blamage, die der...

Einigkeit macht stark! Jedes Verbandsmitglied muß ein neues Mitglied gewinnen!

Steiger Ossig zum Termin erschienen; die andern drei Zeugen, unter ihnen Direktor Gärtner, waren, weil sie sich, wie der Vorsitzende verkündet, im Bad befinden, nicht anwesend. Ehe es zur Verhandlung kam bezweifelte der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Baudermann, durch den Umstand, daß im Amtsgerichtsbezirk Reichenbach die Druckschiff nicht erschienen ist, die Zuständigkeit des Gerichts. Dieses hatte den Erfolg, daß das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen. Als weiterer Grund zur Vertagung kam in Betracht, daß die beleidigt sein wollenden Grubenbeamten nicht angegeben haben, durch welche Stellen im Flugblatt sie beleidigt worden sein sollen. Auf Grund dieses Tatbestandes bleibt weiter nichts übrig, als die Untersuchung noch einmal von vorn einzuleiten. Was aus der ganzen Geschichte herauskommt und ob die Herren Beamten eine besondere Freude an dem Prozeß erleben werden, das wird uns die Zukunft lehren.

Gottesberg. In Fellsammer tagte am 19. Juli eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung, wo auch die Lokalfrage auf der Tagesordnung stand. In Gottesberg steht der Arbeiterkampf kein einziges Lokal zu Versammlungen zur Verfügung und wurde eine Kommission gewählt, welche mit dem Gastwirt Hänel, Hotel „Glück-Auf“ wegen Ueberlassung des Lokales zu Versammlungen verhandeln sollte. Die Kommission ist am 21. Juli beim Gastwirt Hänel vorstellig geworden mit dem Resultat, daß alles rundweg abgelehnt worden ist. Hänel hat erklärt: „Aut, was ihr nicht lassen könnt!“ Er (H.) habe einen Kontrakt unterschrieben, wonach keine Versammlungen abgehalten werden dürfen, und was unterschrieben sei, würde gehalten. Weiter hat Hänel erklärt, daß bei jedem Verein, welchen er bei sich aufnehmen wolle, dazu erst die Genehmigung der Besitzerin des Lokales, Frau Stenzel, notwendig sei. Als Entschuldigung hat der arbeiterfreundliche Wirt noch weiter angeführt, daß er, wenn er die hiesigen Verhältnisse nur annähernd gekannt hätte, nicht nach Gottesberg gekommen wäre. Was ist demgegenüber die Wahrheit? Wir können heute bestimmt versichern, daß Hänel es ist, dem auf eigenen Wunsch die Besitzerin des Lokales den Paffus in den Vertrag mit hineingesetzt, wonach keinerlei Versammlungen dort abgehalten werden dürfen. Hänel ist es also, welcher der Gottesberger Arbeiterschaft eine kräftige Ohrfeige zu versetzen suchte. Das dieser Trick, den Herr Hänel hier angewandt hat, seine Wirkung verfehlt, dafür wird die Gottesberger Arbeiterschaft sorgen. Arbeiter und Arbeiterinnen von Gottesberg! Verächtlicher wie hier, seid ihr wohl noch nie behandelt worden. Zeigt, daß ihr die Schmach zu erdulden versteht, indem ihr Herrn Hänel in seinem Lokal immer hilflos alleine laßt.

Reudorf, D./Schl. Am Sonntag, den 5. Juli d. J. hielt Kamerad Adamal hier einen Vortrag in einer Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Schwarzwaldb über das Thema „Wie kommen wir mit dem Verbands vorwärts.“ Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und es wurde gleichzeitig beschlossen, daß jeden zweiten Donnerstag, abends 7 Uhr, ein belehrender Vortrag für die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen gehalten werden soll. Um eine Kontrolle zu haben, welche Mitglieder oft und welche die Versammlungen besuchen, wurde beschlossen, daß jedes Mitglied sein Buch zur Versammlung mitzubringen habe, in dem durch einen Datumsstempel bescheinigt wird, wann das Mitglied zur Versammlung war. Am Donnerstag den 10. Juli fand der erste Vortrag über den Deutschen Verband statt, der ziemlich gut besucht war. Der nächste Vortrag über: „Der oberste Grubenknappschaffsverein“ findet am Donnerstag den 30. Juli, abends 7 Uhr statt. Da das Lokal sehr klein ist, haben nur Verbandsmitglieder Zutritt und solche Kameraden, welche vor Beginn der Versammlung durch Zutritt Mitglied geworden sind. Als weitere Vorträge sind vorgesehener: 1. Der Bergmann und das Berggewerbe; 2. das Unfallversicherungsgesetz; 3. das Invalidenversicherungsgesetz; 4. die Vergütungsvorschriften nach ihre Ausführung auf den Gruben; sodann werden eine Reihe Vorträge über die deutsche und ausländische Gewerkschaftsbewegung folgen. Die Kameraden mögen hieraus erkennen, daß diese Thematiken für sie sehr interessant sind und durch zahlreiche Besuch dafür sorgen, daß ihr Wissen nach diesen Richtungen bereichert wird. Kameraden, bisher konnte euch in dieser Beziehung nichts geboten werden, weil wir kein Lokal hatten. Nun müssen wir das Veränderte nachholen. Wir müssen durch Wissen mächtig werden, dann werden wir auch erfolgreicher agittieren und unser miserables Dasein verbessern können.

Süddeutschland und Reichslande.

Lothringer Bergarbeiterleid.

Unter diesem Titel wird uns von einem Lothringer Kameraden geschrieben:

Wir leben im Jahrhundert des Fortschritts und des Aufschwunges. So kann man jeden Tag in den verschiedenen Zeitungen lesen, wenn es dem Grafen Zeppelin wieder einmal gelang, seinen Luftballon immer mehr zu einem leuchtenden umzugestalten. Auf den Kongressen der Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose wird der stauenden Mitwelt verkündet, daß wieder irgend ein neues Serum erfunden wurde, um dem Fortschreiten dieser volksvernichtenden Krankheit ein Ende zu bereiten. Kleinere Werke und Fabriken schließen sich zusammen, konzentrieren sich zu mächtigen Aktiengesellschaften, Kartellen, Trusten und Syndikaten und den Besitzern für die von den Arbeitern geschaffenen Produkte einen festen Preis zu schaffen und immer neue und ergiebige Absatzquellen aufzusuchen. Lehrer und Pfarzer konfessieren und petitionieren, um eine Erhöhung ihrer Gehälter herbeizuführen und sich ein der Menge angemessenes, den gesellschaftlichen Lebensmittelpreisen entsprechendes Einkommen zu sichern. Ueberall der Zug nach vorwärts; in allen Kreisen der „besseren“ und sich gebildet nennenden Klasse ein Streben zur Besserung ihrer Lage, zur Befreiung aus den sie bedrückenden Fesseln.

Man sollte nun glauben, daß alle diese nach Fortschritt strebenden Leute auch dem Arbeiter eine bessere Existenz gönnten, daß sie mithelfen würden, sogar moralisch gezwungen wären, darauf zu drängen, daß auch der Arbeiter teil nimmt an all den Erzeugnissen der anderen Kreise. Doch bei diesen Herren, mit wüsten Ausnahmen, gilt das Sprichwort: Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selber.“

Zuberkulosekongresse werden abgehalten und es wird dabei besonders betont, daß der Lebensgang von warmer in kalte Luft oder auch umgekehrt, daß harter Zug und nicht beachtete Entkältungen, gewöhnlich der erste Anstoß sind zur Samenlegung der verheerenden Krankheit, die Herren Professoren wissen dies genau, doch daß sie mit darauf bringen, daß in allen Bergrevieren endlich einmal Hallen, Waschküchen geschaffen werden, wo der Bergarbeiter seine durchwundenen Kleider ausziehen und sich umkleiden kann, damit er nicht auf der Straße in Zug und Wetter den Keim der fürchterlichen Krankheit in sich aufnimmt, davon hört man nichts.

Blättchen zur Aufklärung der Bergarbeiter, wie sie sich sofort krank zu melden haben, wenn sie irgendwo die Lunge angegriffen fühlen, werden verbreitet. Ja, Krankmelden — so antwortet nunmehr der Arbeiter, der hustend und keuchend zur Grube geht und dem man rät doch den Arzt aufzusuchen — nötig wäre dies schon, doch kann ich meine Familie nicht Hunger leiden lassen und mit dem Krankengeld, das ich beziehen würde, ist es unmöglich, Brod für meine Familie zu kaufen. Vereine zur Verprechung der Fürsorgeergelung vermaholter Kinder hatten große Tagungen, doch hineinzugehen in die Misere, zu untersuchen, den Grund herauszufinden, warum es zu viele „Verwaholste“ gibt, das ist Nebenjache. Der Arbeiter muß solange in die Zetmühle gehen, bis er eines Morgens nicht mehr vom Bett aufstehen kann. Seine Kräfte sind nicht mehr zu ersehen — einige Wochen oder Monate, bis die paar Spargroschen, wenn welche vorhanden waren, aufgezehrt sind, oder beim Wäcker und Metzger Schulden gemacht werden müssen — und der Arme geht den Weg alles Fleisches und hinterläßt die Frau mit den unerzogenen Kindern im Elend. Jetzt treten die soviel gerühmten „Wohlfahrten“ in Kraft. Die Vergütungswitwe erhält die Pension. Ganze 5 Mk. monatlich in Lothringen. Für die vier Kinder zusammen auch noch eine ganze Reichsmark im Monat.

Klagt auf, ihr Herren vom Fürsorgeverein, wie es nun „Verwaholste“ gibt! Die paar Pfennige langen noch nicht einmal zur Miete. Die Frau muß sich tagtäglich irgend eine Beschäftigung suchen, wenn sie noch die Kraft dazu hat. Die Kinder sind daheim ohne Aufsicht, kein Brod im Kasten, kein Pfennig Geld in der Schublade. Der Hunger

quält, das Obst an den Bäumen lockt. Die Kinder brechen sich davon, sie werden dabei ertappt, belommen von dem fatten Großvater eine Portion Süßes, dem Schulmeister wird gemeldet, daß die Kinder gestohlen haben. Noch ist ihr Herz rein, ein gutes Wort des Lehrers, Schutz vor dem äuffersten Hunger und das Rindergemüt ist so dankbar.

Doch, wo findet man dies in unserer „fortgeschrittenen“ Zeit! Die Aute soll auch das „Diebesgelliste“ verteilen. Die Kinder weinen, doch der Hunger drängt wieder, nicht mehr geht es aufs Feld. In einem Moment, wo sich die Kinder unbewacht glauben, holen sie sich aus einem Laden ein Stük Brod. Sie werden ertappt, sie sind „verloren“. Das ganze Tribunal tritt zusammen. In die Fürsorgeergelung! Fern von der lieben Mutter, angeknauzt, der mütterlichen Liebe entbehrend, setzt sich ein Wurm im Herzen des Kindes fest. Es heult, findet all das, was man mit ihm anstellt für unrecht, wird verflucht, findet Menschlichkeit, die mit ihm entlassen werden und nimmt Rache an der menschlichen Gesellschaft, die ihm seine Kinderzeit stahl. Er ist für Staat und Gesellschaft verloren. Ja, Bergmann, halbt du im Grabe nicht noch die Faust, wenn auf deinem Hügel von deinen „mitratenen“ Kindern gesprochen wird, die doch dein Stolz und deine Freude waren? Jeder Deutsche ist vor dem Gesetze gleich. Welch herrliches schöne Wort!

In Westfalen bestehen Berggewerbegerichte. Wer einen Lohnanspruch hat, dem die Grubenverwaltung widerstreitet, klagt dort und in einigen Wochen kommt er zu seinem Rechte. Bessere Kameraden von ihm, zu denen er Vertrauen hat, sind bei der Spruchfällung zugegen. Werkeri er wirklich, so geht der Arbeiter mit dem Verurteilten: „Nun gut, mein Anspruch muß doch nicht ganz klar gewesen sein, sonst hätten meine Kameraden schon meiner Sache zum Siege verholfen.“ Der Prozeß macht wenig Kosten und ist schnell entschieden. Advokatenkuffe gibt es hier nicht. Wie anders in Lothringen, das doch, wir glauben es wenigstens, auch deutsch ist. Im Bergrevier Weg ein Gewerbegericht, wo Gedatter Schultzer und Schneider über Bergarbeiterfragen urteilen sollen. In Diebenhofen noch nicht einmal dies, sondern die Amtsgerichte.

Der Bergmann klagt so z. B. vor dem Amtsgericht im Oktober einen Lohn von 20 Mk. ein, den ihm die Grubenverwaltung schuldet. Der Betriebsführer läßt die Klage einmalem vertagen. Es wird Januar. Zu den Terminen hat der Bergmann schon bald 20 Mk. erhalten. Doch er gewinnt im Januar. Die Verwaltung legt Berufung ein, nimmt einen berühmten Advokaten an und klagt im März vor dem Bergmann. Er war nicht organisiert, selbst nicht rebegehandelt und zur Stellung eines guten Rechtsanwaltes fehlte ihm das Geld. Nun hat er monatlang gewartet, viel Geld verfahren, Schichten verfaßt und noch verloren. Wenn jeder Deutsche vor dem Gesetze gleich sein soll, so schafft uns Berggewerbegerichte wie in Westfalen, oder noch verbesserte, dann wird für uns Bergarbeiter in Lothringen erst dies Wort wahr werden.

Montag und Dienstag wird gefeiert, so kann man bald jede Woche von den Bergarbeitern der Bombardier Werke hören. Es ist kein Witz, wir müssen Frierlichkeiten einlegen, so entzündlichen sich die Grubenherren. Als in der guten Konjunktur es aber der Arbeiter, jagte, sich einmal einen freien Tag zu machen, wurde er bestraft, denn zu feiern hat der Arbeiter nur, wenn es der Kapitalist für gut befindet. In jeder Deutsche ist vor dem Gesetze gleich.

Unlängst machte in einer Zentrumszeitung ein Artikelschreiber den lothr. Landesauschuß darauf aufmerksam, daß die katholischen Pfarrer in Lothringen weniger Gehalt haben als die evangelischen. Dies sei auch noch ein Ausnahmefall für Lothringen, in den anderen deutschen Staaten stellten sich die Pfarrer gleich. Nun auch wir haben mit dem Landesauschuß ein Wortchen zu reden. Gedent er durch Gesetz gut zu machen, was er für die Bergleute bis zum Jahre 1907 verschuldet? Denn er trägt die Schuld, daß die Unternehmer dem Berggesetz solange keine Folge leisteten, keine Anknappschaffsvereine gründeten. Alle ihre Herren Zentrumsleute, Lothringer Bloß und Liberale, macht eure Sünden wieder gut, sorgt auf irgend eine Art und Weise dafür, daß dem Bergmann die langen Jahre, die er schon auf den Gruben-Verdrängungen arbeitet, angerechnet werden. Gebt dem Lothringer Bergmann das selbe Recht als dem preussischen. Her mit der Achtundachtzig! Her mit Berggewerbegerichten! Her mit besseren Vorschriften über das Wiegensystem! Her mit der geheimen Knappschaffsältestenwahl! Schafft bessere Bestimmungen über die Arbeitsordnungen!

Ihr aber Kameraden, zeigt den anderen Klassen, daß ihr auch teil haben wollt am Fortschritt der Zeit. Macht es jenen Herren nach, organisiert euch, schließt die Reihen immer dichter. Wecht die noch schlafenden und Säumenden auf, bringt sie hinein in die Organisation. Die schlechte Konjunktur hat euch gezeigt, was ihr von dem Wohlwollen der Herren zu halten habt. Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Hinweg mit aller Furcht, drauf und drauf, bis auch der letzte Bergmann organisiert ist, bis auch in Lothringen der Bergarbeiter seine Rechte erkämpft hat.

Lohnbewegungen und Streiks.

Leonberg (Oberpfalz). Daß die Scharfmacher und Arbeitgeber in der Oberpfalz aus dem gleichen Holze geschmitten sind und anderwärts, ist ja leicht erklärlich und wenn es gilt, für die Arbeiter etwas zu verlangen, sei es kürzere Arbeitszeit oder mehr Lohn, so ist man nicht, daß man harte Gegner findet. Sogar das Vereins- und Versammlungsrecht wird in dieser Gegend auf jede Weise unmöglich gemacht, sei es, daß sich ein Betriebsleiter mit seinem Beamtenstab vor die Saaltüre setzt, wie es in Schwandorf kürzlich der Fall war, oder ein simpler Landbürgermeister unterzieht den Referenten einem Kreuzverhör, als hätte er eine Kirche gestohlen, um sich mit dem zu entschuldigen, der Igl. Bezirksamtmann wolle es so, er müsse alles wissen. Es scheint, daß in Sulzbach und Umgebung noch nichts von einem neuen Vereinsrecht bekannt ist. Nun handelt es sich im folgenden Falle nicht um mehr Lohn, noch um kürzere Arbeitszeit; der Kampf der Bergleute, der nun seit 14 Wochen geführt wird und ein berechtigter Abwehrkampf ist, ist herbeigerufen durch einen glatten Vertragsbruch, von Seite der Werksdirektion. Eine Lohnreduktion von 33 Prozent und weitere Verschlechterungen sollten die Kameraden sich gefallen lassen, obwohl die Abzinsung nie etwa als hoch bezeichnet werden konnten und sich durchschnittlich für etwa auf 3 bis 3,50 Mk. stellten, für Schlepper entsprechend niedriger. Und trotzdem war den Herren, die unter antlicher Mitwirkung des Igl. Bezirksamtmannes wie des Igl. Berginspektors am 6. August 1907 zustande gekommene Vereinbarung ein Dorn im Auge und besonders der westfälischen Richtung, die die Grube beherrscht, ein Gravel. Hier mußte ein Vorkand gesucht werden, den Vertrag mit der gut organisierten Belegschaft zu brechen. Mitte März kündigte man 16 Bauern und Schlepper angeblich wegen nicht genügender Leistung. Wie wenig stichhaltig dieses war, ergibt sich daraus, daß nach Ausbruch des Streikes gerade diese Leute von Steigern aufgefordert wurden, sie könnten jetzt arbeiten, es sei alles vergessen. Die Direktion glaubte damals schon die Leute in den Streik treiben zu können, aber es gelang nicht. Nun kam am 1. April der Vorschlag in der dreißigsten Jahresgabe Bayerns, in dem bekannt gegeben wurde, daß infolge der Herabsetzung der Kohlenpreise eine Gebüngereduzierung von 33 Prozent notwendig sei. Diesen Vertragsbruch konnte man sich nicht mehr gefallen lassen, die Kameraden gingen einmütig in den Streik. Ein Versuch, durch die Igl. Berginspektoren eine Einigung zu erzielen, scheiterte. Man weiß ja, warum es sich handelt: Vermehrung der Organisation, beiläufig keinen solchen Vertrag mehr, sondern unbeschränkte Freiheit, über die Lohnkassen der Oberpfalz frei die Fingel zu schwingen. Die streikenden Bergleute sind jederzeit bereit, auf einer annehmbaren Basis die Arbeit wieder aufzunehmen, aber unter diesen Umständen ist es dem rückständigen und bedürfnislosten Bergmann nicht möglich, durchzukommen. Eine am 14. Juli einstimmig angenommene Resolution der streikenden Bergleute in Leonberg betonte, daß dieselben „unter den von der Werksleitung gestellten Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen könne. Eine Gebüngereduzierung in der Höhe von 33 Prozent ist unannehmbar. Doch sind die Bergarbeiter bereit, 5 Pfa. von bisherigen Wegengebühren abzulassen. Der Schichtlohn muß aber jener als Mindestlohn gelten. Weiter herunterzugehen, wäre ein Verbrechen an der Arbeitstrait und an der Familie.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Briefkasten.

Dr. A., Gostedde-Gravel. Der Raum unserer Zeitung reicht doch nicht aus, um solche Sachen aufzunehmen. Schließlich kommen alle Zahlstellen, und wo sollen wir dann den Raum hernehmen? — **G. W., Diebenhofen.** Du huldigt wohl dem Grundfab; Je länger, je lieber. Wir können dem nicht bestimmen, sind vielmehr der Meinung: In der Kürze liegt die Würze. — **J. W., Mischingen.** Soweit uns bekannt, besteht bei euch ein Beschluß, daß Einwendungen nur in der Zeitung aufgenommen werden sollen, wenn sie vom Bezirksleiter geschrieben oder unterschrieben sind. Wir werden die Einwendungen trotzdem für die nächste Nummer umarbeiten (in der vorliegenden Fassung würden sie uns einige Monate einbringen) und bringen. — **S. Sch., Gostrop.** Daß doch die Sache erst zum Austrag kommen, dann bringen wir einen Bericht, vorher hat es doch gar keinen ersichtlichen Zweck. — **Fr. A., Gostedde.** Es ist uns wegen Raumangel ganz unmöglich, von jeder einzelnen unserer annähernd 700 Zahlstellen noch besondere Aufforderungen zum besseren Versammlungsbesuch usw. zu bringen. — **H. S., Neusattl.** In Offen befindet sich eine Baugewerkschule, ob das auch in Steele der Fall ist, wissen wir nicht.

Verbandsnachrichten.

Verbeagenten in Ostfriesland.

Aus Meer in Ostfriesland wird uns gemeldet, daß von einem Agenten, Bergmann J. W. Mibesaat, in hiesiger Zeitung fortgesetzt 60 bis 100 Bergarbeiter für Fischen in Westfalen gegen hohen Lohn gesucht werden. Auch von anderer Seite erfahren wir, daß Verbeagenten in Ostfriesland ihr Unwesen treiben. Wir können die ostfriesischen Kameraden in ihrem eigenen Interesse nur ersuchen, solchen Verlodungen nicht zu folgen. Im Ruhrgebiet haben die Grubenherren tausende von Arbeitern auf schwarze Listen gesetzt und in Verzug erklärt und man will auch noch weiter fürchterlich Unsumfierung halten, einzig zu dem Zweck, die Arbeiterorganisationen niederzulegen und den Arbeiter zum willenlosen Gelaten herunterzubringen. Zu diesem Zwecke suchen die Grubenherren noch immer mehr Arbeiter heranzulocken, trotzdem Arbeitskräfte hier im Ueberfluß vorhanden sind und Frierlichkeiten und Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung sind. Auch sind die Abzinsung schon recht erheblich gesunken und man geht fortgesetzt noch mit weiteren Lohn- und Gebüngereduzierungen vor. Den Kameraden, die sich von den gewisslosen Verbeagenten verlocken lassen, nach hier zu kommen, harzt also ein trauriges Los. Wir ersuchen daher den Bezug nach dem Ruhrgebiet streng fernzuhalten.

Das Mitglied Frey D a u n, Buch-Nr. 238 802 Zahlstelle Meuselwitz, wird wegen Schädigung des Verbandes aus dem Verbands ausgeschlossen. Das Mitglied Heinrich P a d b e r g, Nr. 17 887, Zahlstelle N. Spröckhövel, wird ebenfalls wegen Schädigung des Verbandes aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Vorstand.

Mitgliederrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Gelsenkirchen I.** Vom 15. Juli bis 15. August.
- Gelsenkirchen III.** Vom 1. Juli bis 1. August.
- Lüarn.** Vom 1. bis 15. August.
- Mors-Schöstraf.** Vom 1. August ab.
- Saarzopf.** Vom 1. bis 15. August.
- Recklinghausen.** Vom 1 bis 15. August.
- Recklinghausen-Blüdinghausen-Gochlar.** Vom 1. bis 15. August.
- Insberg.** Im Monat August.
- Gelsenkirchen VI.** Vom 1. bis 28. August.
- Gochlar.** Vom 5. bis 20. August. Gleichzeitig werden die Krauzpendenmarken geklebt.
- Neutwiese.** Vom 1. bis 15. August.
- Spittel.** In nächster Zeit.

Krankenerkennung.

Rothhausen. Jeden Sonntag vormittag von 9 bis 10 Uhr in der Wohnung des Kassierers Carl Neumann, Steinfurtstr. 10.

Katernberg I. Jeden Sonntag vormittag beim Wirt Brumel (vormals Bahland).

Kamen III. Jeden ersten Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr beim Kassierer Wilh. Dietermann, Dortmundstr.

Sudersich. Das Krankengeld wird von jetzt ab beim neugewählten Vertrauensmann Herrn Varkel, Chjelerstr. 31, ausbezahlt.

Werden. Jeden Sonntag vormittag von 10 Uhr ab in der Wohnung des Kassierers Dehmann.

Krauzpendenmarken.

Rothhausen. Im Monat August werden zwei Krauzpendenmarken geklebt. Zugezogene Mitglieder, die in anderen Zahlstellen in diesem Jahre schon zwei Jahre geklebt haben, sind davon entbunden.

Bibliotheken.

Recklinghausen. Die Gewerkschaftsbibliothek ist jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr im Arbeitersekretariat, Gernerstraße 66, geöffnet. — Bücher werden nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches verliehen. Kaution wird nicht mehr erhoben.

Katernberg I. Jeden Sonntag vormittag von 10 bis 11 Uhr beim Wirt Brumel Bücherausgabe.

An die Einzelmitglieder im Bezirk Beuthen-Königshütte.

Kameraden aus Ortschaften wo keine Zahlstellen sind, die ihre Zeitungen durch die Post vom nicht erhalten, bitte ich, ihre Beiträge pünktlicher zu zahlen. Möge sich jeder den § 11 im Statut genau durchlesen und danach handeln. Wer länger als zwei Monate mit seinem Beitrag restiert, der bekommt keine Zeitung mehr und verliert seine erworbenen Rechte.

Den Kameraden von Beuthen und Umgegend mache ich hierdurch die Mitteilung, daß laut Beschluß der letzten Konferenz ich am Freitag jeder Woche von 2 bis 7 Uhr, nachmittags, im Gemeinschaftshaus zu Beuthen-Hohberg Sprechstunden abhalte. Hierbei werden Verbands- und Berufsangelegenheiten erörtert, sowie jede andere notwendige Auskunft erteilt. Das Verbandsbuch muß immer mitgebracht werden. J o s e p h D a m e r t, Bezirksleiter.

Zur Beachtung für unsere Mitglieder.

Jedes Mitglied ist verpflichtet:

- Pünktlich seine Beiträge zu bezahlen, da sonst Verlust der statutarischen Unterstellungen eintritt.
 - Für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein.
 - Durch gestittetes kameradschaftliches Verhalten der Organisation Ehre zu machen.
 - Sich bei Unzug oder Abreise von der Zahlstelle ab. und in der neuen Zahlstelle anzumelden.
 - Bei Krankheitsfällen, wenn eine 52wöchige Mitgliedschaft vorhanden ist, sich nach Ablauf der ersten 14 Tage unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankheitszeugnisses beim Vertrauensmann zu melden.
 - Bei Arbeitslosigkeit, wenn mindestens 52 Wochen volle Beiträge entrichtet sind, sofort beim Vertrauensmann zu melden.
 - An allen Mitgliederversammlungen teilzunehmen.
 - Die Bestimmungen des Statuts sowie die Beschlüsse der Verbandsorgane, Verbandstage und Mitgliederversammlungen zu befolgen.
- Rechte der Mitglieder siehe § 14 bis 23 des Verbandsstatuts.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Wuppertal. Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Emil...
Groß-Neuburg. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr...

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats:
Wuppertal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Karabels...

Jeden ersten Sonntag im Monat:
Altenbischheim. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Hütsch...

Berndorf. Abends 7 Uhr, im Gefellenbuche des Herrn Vintage...
Wuppertal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Grell...

Hietzen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Watermann...
Wuppertal. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Grell...

Sonntag, den 2. August 1908:
Wuppertal. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Feil...

Viele 1000...
Verdacht, ihr ausgezeichneter...
Königsplatz 20, Bochum.

Knappschaftsmitglieder-Versammlungen
Sonntag, den 9. August 1908:
Weltmar u. Umg. Nachmittags 4 Uhr...

Belegchaffs-Versammlungen
Sonntag, den 2. August 1908:
Jede Westhausen. Nachmittags 4 Uhr...

Bergarbeiter-Versammlungen
Sonntag, den 1. August 1908:
Rothenbach. Nachmittags 5 Uhr...

Achtung! Bergarbeiter des Neuroder Kreises!
Sonntag, den 2. August 1908:
Kunzenberg. Nachmittags 8 Uhr...

Achtung! Bergleute im Saarrevier u. Lothringen!
Sonntag den 2. August bis Sonntag den 9. August:
Groß-Gettingen u. Umg. Sonntag, den 2. August...

Achtung! Wurmrevier Achtung!
Sonntag, den 16. August 1908:
Bardeberg. Nachmittags 5 Uhr...

Achtung! Brechten Achtung!
Sonntag, den 2. August, abends 6 Uhr...

Theatervorstellung
von Mitgliedern des Dortmunder Stadttheaters.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein...

Im Namen des Königs!
In der Privatklage des Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Hermann Saage...

Das Geheimnis
ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen...

Billigste Bezugsquelle für Cigarren
100 Stück
3 Pfg.-Cigarren Mt. 2,80 2,85 2,40

Zahlstellen-Feste.
Bezirk Blauescher Grund.
Sonntag, den 2. August, nachmittags 3 Uhr...

Kaiserhof Stat. Barop
empfehlen
in Flaschen und Aufhängen in Gläsern...

Achtung! Weitmar, Barendorf, Hamme!
Zigarren-Geschäft
eröffnet habe und bitte um geneigte Unterstützung...

Wolf & Comp.
Werk-Inst.-Fabr. Klingenthal Nr. 687
mit 12.000 Arbeit. u. 2000 Maschinen...

Beinkranke
Wie heile ich mein Bein selbst?
von Dr. Strahl, Hamburg...

Nervenschwäche
und Männerkrankheiten.
Preisgekrönter, lehrreichster Ratgeber...

FABNEN
Reinecke, Hannover.
Sie sparen viel Geld, wenn Sie statt der teuren Fabrikate...

Hien-Pong-Essenz
Lanten. Dhd. 2,50 Mk. wenn 30 Fl. 6 Mk. portofrei...

Elektrilliere
Nicht selbst!
Nervenleiden, Rheuma, Gicht, Migräne...

Ein Sortiment Lieder
passend zu Massengesängen bei Zahlstellenfestlichkeiten...

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek
ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr...

Bottrop IV.
Unsern Kameraden und Neffen Friedrich Neumann...

Kirchhnde.
Unsern ersten Vorsitzenden des Knappenvereins...

Lebe hoch!
Gebühret von G. Sch., E. S., W. B., M. S., D. D. und H. B.

Afferde u. Umg.
Den geehrten Bergarbeiterfrauen von Wafferde...

Hebamme
niedergelasse habe und mich bestens empfohlen halte.

Bergarbeiter u. Invaliden gesucht,
welche den Vertrieb...
Hermann Wolf, Zwidau Sa., Nordstraße 30.

Statt 18 Mark nur 6 Mk.
Pracht. Remont. Chrono. Silberherrenuhr...

Jonass & Co.
Berlin SW. 258,
Bellevue-Allianzstraße 3.

Teilzahlungen
Lieferung gegen kleine monatliche Zahlungen...

Rotwein zu 63 Pf.
garant. unterfalscht, p. Lit. 1. Preis 60 Pf....

Achtung!
Kassenvertreter-Verein
im Dugau-Deßliger Revier.

Versammlung.
Zagordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder...

Dankfagung.
Für die züchtige Beteiligung an der Beerdigung...

Suderwich.
Die gegen den Kameraden Josef Ottenbach...

Bandwurm-Leidende
erkennen ihren Zustand am frühesten...

Neue Lieder Gedichte
von Deiner. Rämpchen
mit einem Porträt des Verfassers...

Kameraden, die ihre freie Zeit durch Nebenverdienst...

Billige dänische Bettfedern
10 Pfund neue gute 89 R., bessere 109 R....